



Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 9+10/2019

Klimarisiken – und was wir
tun können

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer,
Dr. Georg Feulner > 9

Resolution und Rückblick auf
die 52. EAK-Bundestagung
in Dortmund > 18 ff.



*Bewahrung der Schöpfung –
ein Auftrag der Agrarpolitik*

Julia Klöckner > 3



Liebe Leserin, lieber Leser,

die **Klimapolitik** ist innerhalb nur weniger Wochen und Monate zum absoluten Top-Thema avanciert. Das **Rezo-Video** und die weltweite Bewegung „**Friday For Future**“ mit der sechzehnjährigen **Greta Thunberg** an der Spitze haben viele Menschen wach gerüttelt und für eine völlige neue Debattenlage auch bei uns in Deutschland gesorgt. Und dies, obwohl bei der überwiegenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger doch eine weitgehende Einigkeit in Bezug auf den notwendigen politischen Einsatz für den Erhalt und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen herrschen dürfte.

Allerdings ist leider zu beobachten, dass der Debattenton in der Klimafrage immer emotionaler und schriller zu werden droht und zum Teil schon regelrecht hysterische und apokalyptische Züge angenommen hat. Zunehmend werden auch extremistische Positionen vernehmbar: Wenn auf den jüngsten „Friday For Future“-Demonstrationen vermehrt auch die Logos der **Antifa** sichtbar werden, wenn Gruppen wie „**Extinction Rebellion**“ und „**Ende Gelände**“ ungestört mitmarschieren und ihr **linksradikales Gedankengut** verbreiten können, mit Aufforderungen zu Straßenblockaden und „zivilem Ungehorsam“, Slogans wie „Kapitalismus wegblasen“ oder dem unverhohlenen Aufruf zum „Systemwechsel“, dann ist das eine hochproblematische Entwicklung, die für die eigentlich zu erörternde Sache nur schädlich sein kann.

Deshalb stellt die gegenwärtige Gemengelage auch eine besondere Herausforderung für eine besonnene, verantwortliche und auf dem christlichen Verständnis von Schöpfung, Welt und Mensch fußende Politik dar, die sich als Anwalt eines vernünftigen gesellschaftlichen Kompromisses versteht und Maß und Mitte im Auge behält. Die hochkomplexen Herausforderungen gegenwärtiger Klima-, Umwelt- und Energiepolitik, die allesamt aufs engste miteinander verwoben sind, verlangen zu allererst nach emotionaler Abrüstung und allgemeiner Versachlichung. Wir müssen hier wieder zu einer offenen und durch den Austausch von Argumenten gekennzeichneten Diskurskultur zurückkehren, die nicht mit ideologischen Scheuklappen und moralistisch oder pseudoreligiös aufgeladenen Absolutheitsansprüchen daherkommt, sondern die sich – als kluge Sachwalterin des politisch Nötigen wie Möglichen – um einen neuen, breiten und tragbaren gesellschaftlichen Konsens bemüht.

Die **Eckpunkte des Klimakabinetts der Großen Koalition** sind ein erster wichtiger Schritt auf diesem Wege. Ich sehe hier bereits viel Vernünftiges formuliert, vieles wird aber zweifelsohne noch zu klären und zu präzisieren sein.

Auch der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) will hier seinen Beitrag leisten. Wir treten als Grundsatzforum für einen freien und sachlich-argumentativ geführten politischen Dialog ein, auch und gerade wenn dieser einmal kontrovers

geführt werden sollte. Nachdem wir in der letzten Ausgabe unseres Magazins damit begonnen haben, setzen wir die Debatte jetzt fort: In diesem Heft bezieht nun der bedeutende deutsche Klimaforscher, der **Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Prof. Dr. Ottmar Edenhofer**, Stellung und legt seine Sicht der Dinge dar. Auch unsere **Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Julia Klöckner**, widmet sich dem Thema „**Bewahrung der Schöpfung**“, indem sie den entsprechenden Auftrag der Agrarpolitik beleuchtet.

Als EAK ist uns wichtig: Wir führen solche Grundsatzdiskussionen nicht um der bloßen Kontroverse willen, sondern zur Klärung der relevanten Aspekte und Fragestellungen, damit sich am Ende jeder interessierte Leser sein eigenes Bild von der Lage sowie von den komplexen Herausforderungen machen kann, vor der wir allesamt stehen. Bei allem gilt für uns nach wie vor, was wir bereits in der Resolution unserer **48. EAK-Bundestagung („Unsere Schöpfungsverantwortung – Orientierungen für eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik“)** formuliert haben: „Ziel einer nachhaltigen und generationengerechten Politik muss sein, die Lebensressourcen für Kinder, Enkel und deren Nachkommen zu erhalten und möglichst wieder zu mehren, wo sie geschmälert sind.“ Und da „eine verantwortliche und zukunftsfähige Umwelt- und Klimapolitik von einem redlichen Bemühen um eine ganzheitliche und vorurteilsfreie Betrachtungsweise ausgehen muss, haben alle ökologischen und politischen Bewertungen und Handlungsableitungen stets mit einer sachlichen, ideologiefreien Zustandsanalyse des Gesamtsystems zu beginnen. Die separate Betrachtung oder gar emotionale Überbetonung einzelner Komponenten oder Maßnahmen verstellt den Blick auf Zusammenhänge und Langzeitwirkungen. Dies bedeutet die Vermeidung jeglichen sektoralen Handelns in den Bereichen Agrarwirtschaft, Ernährung, Energiewirtschaft und Umweltschutz und die Verwirklichung integrativer Ansätze.“

Und ich ergänze: Panik und Verbote sind keine Lösung. Die Kreativität und der Einfallsreichtum von Wissenschaftlern und Ingenieuren mit neuen technischen Lösungen und Innovationen sind dagegen ein Potential für Nachhaltigkeit im Klima- und Umweltschutz, das es zu nutzen gilt.

Gottes Segen, Ihr

Thomas Rachel *MdB* Bundesvorsitzender
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Bewahrung der Schöpfung – ein Auftrag der Agrarpolitik

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft

Die Bibel wird gerne mal fehlinterpretiert. Ich erinnere mich an die großartige Fastenaktion der Evangelischen Kirche 2014 unter dem Motto „Selber Denken – 7 Wochen ohne falsche Gewissheiten“. Diese Woche hatte genau diese Missverständnisse im Visier. Beispiel: Die Annahme, dass Adam und Eva einen Apfel aßen. Hierfür lässt sich in der Bibel tatsächlich kein Beleg finden. Dort steht lediglich, dass es sich um eine Frucht vom Baum der Erkenntnis handelte. Und nur, weil das lateinische Wort „malus“ sowohl „böse“ als auch „Apfelbaum“ bedeuten kann, wurde dem Lieblingsobst der Deutschen dieses Stigma zuteil. Eine große Ungerechtigkeit!

Spaß bei Seite: Eine der wirklich weitreichenden Fehlinterpretationen ist der Satz aus dem 1. Buch Mose, Kapitel 1: „Macht Euch die Welt untertan“¹, der in manchen Deutungen mit „nehmt sie in Besitz“ übersetzt wird. Die Übersetzung Martin Luthers „macht sie euch untertan“ hat oft Anlass gegeben zu dem Missverständnis, die Schöpfung sei der Willkür des Menschen ausgeliefert. Das hat Luther aber gar nicht gemeint! Nach hebräischem Verständnis gehören Herrschaft und Fürsorge zusammen. Die Könige und Fürsten im Alten Orient galten als „Hirten“ des Volkes. Deshalb wird die Fortsetzung, die wörtlich lautet

„Herrscht über (die Fische usw.)“, wiedergegeben durch „Ich setze euch über... und vertraue sie eurer Fürsorge an“.

Gott trägt den Menschen also eben gerade nicht auf, die Erde auszuplündern und zu zerstören, sie auszubeuten ohne Rücksicht auf die Verluste. Er trägt ihnen auf, sie in nachhaltiger Verantwortung zu hegen, zu pflegen und ihr Fürsorge angedeihen zu lassen.

» Gott trägt den Menschen auf, die Erde in nachhaltiger Verantwortung zu hegen, zu pflegen und ihr Fürsorge angedeihen zu lassen. «

Die Erde zu „bebauen und zu bewahren“, wie es in Genesis 2,15 wörtlich heißt. Für mich als Christin und als Bundeslandwirtschaftsministerin gilt dieser behutsame Umgang mit der Erde und ihren Ressourcen als Leitschnur

für mein tägliches politisches Handeln. Die Verantwortung, diese Welt so zu behandeln, dass noch Generationen nach uns hier ein gutes Leben führen können, nehme ich sehr ernst. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, einen Beitrag für die Bewahrung der Schöpfung zu leisten, für eine Welt zu arbeiten, die sich nachhaltig entwickeln kann. Um Enkeltauglichkeit geht es!

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist bereits dem Alten Testament bekannt: In ihrer Nomadenzeit mussten die Stämme Israels im Einklang mit der sie umgebenden kargen Natur leben. So entwickelten sie eine beachtenswerte Bioethik und Sensibilität für Nachhaltigkeit. Bei kriegerischen Auseinandersetzungen war es beispielsweise verboten, den Baumbestand des Gegners zu fällen (Dtn 20,19). Denn Bäume brauchen Jahre bis Jahrzehnte, bis sie wieder Frucht bringen. Ein anderes Beispiel für den Nachhaltigkeitsgedanken findet sich in Dtn 22, 6–7. Dort wird demjenigen, der ein Vogelnest findet mit der Mutter und den Eiern, vorgeschrieben, dass er nur die Eier oder die Jungen nehmen darf, die Mutter aber fliegen lassen soll.

Springen wir in die Gegenwart: Die extremen Wetterereignisse des vergangenen Sommers haben gezeigt, wie zerbrechlich auch heute noch unsere Natur, die Schöpfung, ist. Wie abhängig wir von ihr sind. Ich war in dieser Zeit viel im Land unterwegs. Ich habe Maisfelder in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen gesehen, die keine Früchte getragen haben. Nichts. Es ist wie in Lukas 5, wo Petrus zu Jesus sagt: „Wir haben die ganze Nacht gearbeitet und nichts gefangen“ (Lk 5,5). Vergewärtigen sollten wir uns, dass eine solche Ernte vor etwa hundert Jahren für viele Menschen vor allem eines bedeutet: Hunger. Und für viele Menschen auf der Welt bedeutet es das auch heute noch: Hunger. Auf der Pariser Klimaschutzkonferenz 2015 wurde in aller Deutlichkeit festgestellt, dass die Ziele, die sich die Vereinten Nationen gesetzt haben – wie den Hunger in der Welt zu besiegen – nur mit umfangreichen Maßnahmen zum Klimaschutz zu erreichen sind.

„Auf die Landwirtschaft kommt es an, sie spielt eine Schlüsselrolle bei der Ernährungssicherung für eine stetig wachsende Weltbevölkerung.“

Der biblische Schöpfungsauftrag aus der Genesis (1,28) „mehret euch und füllet die Erde ...“ ist wohl bald erfüllt! Die Herausforderung besteht nun darin, die Effizienz der landwirtschaftlichen Produktion weiter zu steigern, gleichzeitig den Erhalt der natürlichen Ressourcen zu sichern und das Klima zu schützen.

Das ist auch auf internationaler Ebene über die G20 und G7 herausgestellt worden. Im Juli vergangenen Jahres war ich beim G20 Agrarministertreffen in Buenos Aires und habe mit meinen Amtskolleginnen und -kollegen über die Bedeutung gesunder Böden für eine nachhaltige Landwirtschaft beraten, noch dieses Jahr werde ich eine Ackerbaustrategie vorlegen. Hier schauen wir uns die Themen Boden, Wasser, die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und vieles andere explizit unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit genauer an. Wichtig ist, dass wir die



Landwirtschaft immer als Teil der Lösung sehen.

Und so komme ich zum Bereich der Ernährungsethik. Es ist wichtig, dass wir die uns zur Verfügung stehenden Ressourcen gut einsetzen – das gehört zur Bewahrung der Schöpfung. Wir leben in einer Überflussgesellschaft: Was nichts kostet, ist nichts wert. Was immer und schnell verfügbar ist, wird zu wenig geschätzt. Das gilt leider auch für unsere Mittel zum Leben: Jedes Jahr landen allein in Deutschland 11 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll – in der Lebensmittelindustrie, in Handel und Vertrieb, aber auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Ein Großteil der Lebensmittelabfälle, rund 6,7 Millionen Tonnen, fällt in den privaten Haushalten an. Pro Person und Jahr landen hier durchschnittlich 82 Kilogramm Lebensmittel in der Tonne, bis zu zwei Drittel davon könnten vermieden werden. Kurzum: Wir sind alle gefragt und klar ist, dass jedes Lebensmittel, das unnötig im Müll landet, eines zu viel ist – es hinterlässt einen tiefen ökologischen und auch sozialen Fußabdruck. In unseren Lebensmitteln stecken kostbare Ressourcen: Wasser, Energie, Rohstoffe, aber auch Arbeitskraft, Sorgfalt und Herzblut. In ihnen steckt Leben. Ich bin mir sicher, dass viele von uns noch die Eltern oder die Großeltern im Ohr haben, die Hunger am eigenen Leib erlebt haben. Die entsetzt waren, wenn ein Kanten Brot in den Müll wandern sollte. Auch daran sollten wir denken. Die Bitte aus dem Vaterunser „unser tägliches Brot gib uns heute...“ war für viele Menschen eine Mahnung, mit Lebensmitteln wertschätzend umzugehen. Mein Ziel ist deshalb klar: Bis zum Jahr 2030 wollen wir die Lebensmittelabfälle in Deutschland halbieren. Dazu haben wir uns im Rahmen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verpflichtet. Dazu steht Deutschland und dazu steht auch das Lebensmittelministerium, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Aber auch die Unternehmen der Wertschöpfungskette sind gefordert

als Be- und Verarbeiter von Nahrungsmitteln hinsichtlich der Fertigungsprozesse, der Verpackung und Kennzeichnung und der Sortimentsgestaltung. Die Mittel zum Leben zu produzieren verlangt eine sensible ethische Grundhaltung! Dazu passt keine reißerische Werbung und aggressive Preisgestaltung, das stellt ihre Wertigkeit in Frage, ihre Bedeutung als „tägliches Brot“. Das alljährliche Preisdumping beim Fleisch in der Grillsaison macht mich daher wütend. Wie hier mit unseren Mitgeschöpfen umgegangen wird, wie sie auf dem Ramschtisch verschachert werden, das ist schlicht und einfach unanständig. Auch hier sitzen wir alle in einem Boot und sollten uns fragen, warum wir oftmals viel Geld in einen modernen Grill investieren, beim Fleischkauf

„Die Bitte aus dem Vater-
unser, „unser tägliches Brot
gib uns heute“ war für viele
Menschen eine Mahnung,
mit Lebensmitteln wert-
schätzend umzugehen.“

im Supermarkt aber auf jeden Cent schauen. Denn gerade gegenüber den Tieren besitzen wir eine besondere Verantwortung. Im 1. Buch Mose, Vers 28, heißt es: „Ich setze euch über die Fische im Meer, die Vögel in der Luft und alle Tiere, die auf der Erde leben, und vertraue sie eurer Fürsorge an.“ Da ist er wieder, der Fürsorge-Gedanke. Was Hans Jonas 1979 in seinem bedeutenden Werk „Das Prinzip Verantwortung“ für die philosophische Ethik erstmals proklamierte, nämlich die „Treuhandrolle“ – wie er es nennt – des Menschen für die Natur² ist für uns Christen bindend seit Anbeginn der Zeit. Und dieses Bedürfnis spiegelt sich auch in unserer Gesellschaft wider: Die Menschen in unserem Land möchten mehrheitlich mehr Tierwohl. 81 Prozent befürworten ein offizielles Siegel, das sicherstellt, dass Nutztiere besser gehalten werden als gesetzlich vorgeschrieben ist. Das zeigt ein Ergebnis unseres aktuellen Ernährungsreports³. Mit der Einführung eines staatlichen Tierwohlkennzeichens, trage ich als Bundesministerin dieser Anforderung Rechnung. Es wird Verbesserungen beim Platzangebot, bei den Beschäftigungsmaterialien, der Strukturierung der Buchten,

beim Transport der Tiere geben, aber auch bei Fortbildung und Stallmanagement der Tierhalter. Bei der Verleihung des Kennzeichens nehmen wir die gesamte Lebensspanne eines Tieres in den Blick: von der Geburt bis zur Schlachtung. Verbraucher sollen schnell erkennen können, wo mehr Tierwohl drinsteckt, und Tierhalter sollen für ihre Mehrinvestitionen zum Wohle der Tiere honoriert werden. Denn: Die Mehrkosten für mehr Tierwohl kann nicht alleine der Tierhalter tragen. Wir Verbraucher sind gefragt, unseren Wünschen nach mehr Tierwohl beim Einkauf auch Ausdruck zu verleihen. Das Kennzeichen ist ein Schritt von vielen, den wir gehen, um unserem Auftrag gerecht zu werden, unseren Mitgeschöpfen die Fürsorge zuteilwerden zu lassen, die notwendig und der wir verpflichtet sind.

Zum Abschluss ein Wort am Rande: Die Recherche zu diesem Beitrag hat mir viel Freude bereitet. Ich habe Theologie studiert, aber in meinem Arbeitsalltag kommt das Bibelstudium leider häufig zu kurz. Ich bin dankbar, auch an dieser Stelle unser gemeinsames christliches Bekenntnis als Wertefundament meiner politischen Arbeit ansprechen zu können.

1 1. Mose 1, 28 Und Gott segnete sie; und Gott sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehrt euch und füllt die Erde und macht sie euch untertan; und herrscht über die Fische im Meer und über die Vögel des Himmels und über alles Lebendige, das sich regt auf der Erde!

2 Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung, S.29

3 BMEL Ernährungsreport 2019



Julia Klöckner

ist Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der CDU in Rheinland-Pfalz.

Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite. Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.





Klimarisiken – und was wir tun können

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Dr. rer. nat. habil Georg Feulner

Die Atmosphäre ist zu einer Abfalldeponie geworden. Wenn wir heute in den Industriestaaten der Welt Kohle, Öl und Gas verfeuern, stoßen wir aus unseren Schornsteinen und Auspuffen Kohlendioxid (CO₂) aus, das sich in der Atmosphäre sammelt und so zum weltweit messbaren Aufheizen unserer Erde führt – und damit zu Risiken wie Extremwetter und Meeresspiegelanstieg. Auch bei uns in Deutschland haben etwa der Dürresommer 2018 und die erneuten Hitzerekorde dieses Sommers gezeigt, dass bereits bei nur rund einem Grad globaler Erwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau die Folgen spürbar sind; und ein schlichtes Weiter-So würde uns noch in diesem Jahrhundert zu rund fünf Grad Erwärmung führen, mit ungleich heftigeren Folgen. Hier geht es nicht mehr nur um die Eisbären; es geht um die Menschen. Es geht um uns.

Die Atmosphäre ist ein globales Gemeinschaftsgut, um einen Begriff zu verwenden, den zwei Nobelpreisträger geprägt haben: Elinor Ostrom und William Nordhaus. Im Klartext bedeutet das, der Himmel gehört uns allen. Wenn nun einige wenige Menschen – wir Bewohner der Industriestaaten heute – diese Ressource

übernutzen, indem wir zu viel Treibhausgase in der Atmosphäre deponieren und damit unser aller Klima dauerhaft destabilisieren, so geht das ausgerechnet auf Kosten der Schwächsten. Nämlich auf Kosten der vielen Menschen in den ärmeren Ländern der Welt, die weder maßgeblich zum globalen Ausstoß von Treibhausgasen beigetragen, noch von der Nutzung der fossilen Ressourcen stark profitiert haben, und denen am wenigsten Mittel zur Verfügung stehen, um sich vor den Klimafolgen zu schützen. Und es geht auf Kosten derer, die heute ihre Stimme noch gar nicht erheben können – unsere Kinder und Kindeskiner, die über viele Generationen hinweg mit den zukünftigen Folgen unseres heutigen Tuns leben müssen. Die Stabilisierung unseres Klimas ist also eine Frage der Gerechtigkeit – und damit auch eine der christlichen Verantwortung.

Die gute Nachricht dabei ist: Wir Menschen haben die Destabilisierung unseres Klimas ausgelöst, wir können sie auch wieder stoppen. Nicht durch ein Zurück-zur-Natur, auch nicht durch einen Verzicht auf Wirtschaftswachstum, sondern durch Technologie und Innovation. Es geht um eine neue Industrielle Revolution.

Wir können dem Fortschritt eine Richtung geben. Dafür braucht es allerdings entschlossenes politisches Handeln. Die Änderung des persönlichen Lebensstils ist gut und schön: den Fleischkonsum einschränken, Flugreisen unterlassen. Aber das reicht nicht, und die Diskussion über individuelles Verhalten darf nicht ablenken von dem, was wirklich nötig ist. Die Wirtschaftsforschung hat viele mögliche Werkzeuge der Klimapolitik untersucht, von denen manche nicht wirksam genug waren und andere zu teuer. Das Ergebnis: Wir brauchen eine faire Bepreisung von CO₂. Diese auf sozial gerechte Weise einzuführen ist möglich. Sie könnte allen Akteuren am Markt ein klares Signal senden. Und nebenbei sogar ein Mittel gegen die Politikverdrossenheit werden.

Ist das Problem wirklich so groß? Leider ja.

Der Treibhauseffekt ist keine neue Entdeckung. Bereits 1824 und 1827 untersuchte der französische Mathematiker und Physiker Joseph Fourier in zwei Artikeln den Wärmehaushalt der Erde und zeigte, dass dieser bis dahin unbekannte Effekt die Erde zusätzlich heizt. 1859 konnte der britische Naturforscher John Tyndall im Labor nachweisen, dass Spurengase wie CO₂ Infrarotstrahlung absorbieren – die Treibhausgase waren identifiziert. Im Jahr 1896 zeigte dann der schwedische Physiker und Chemiker Svante Arrhenius erstmals, dass die Verbrennung von Kohle über die Freisetzung von CO₂ langfristig zu einer globalen Erwärmung führt. Dass sich das CO₂ tatsächlich in der Atmosphäre anreichert, veranschaulicht die sogenannte Keeling-Kurve, eine in den 1950er Jahren von dem amerikanischen Chemiker Charles Keeling begonnene Messreihe des CO₂-Gehalts der Luft (siehe Abb. 1). CO₂ ist dabei nicht allein relevant, denn wir erhöhen auch die Konzentrationen anderer Treibhausgase wie Methan oder Lachgas – was über Rückkopplungen dann insbesondere auch die Menge von Wasserdampf, dem wichtigsten Treibhausgas, in die Höhe treibt.

Die Vorhersagen der Physik werden von den Messwerten bestätigt: Die Verbrennung von fossilen Ressourcen bedingt einen Anstieg der CO₂-Konzentration. Da CO₂ ein Treibhausgas ist, führt dies wiederum zu einem Anstieg der globalen Mitteltemperatur. Diese stellt den Durchschnittswert quer durch alle Erdregionen und Jahreszeiten dar – denn natürlich schwankt das Wetter von Monat zu Monat und von Ort zu Ort stark. Es reicht also nicht, bei sich zuhause aus dem Fenster zu schauen, um sich ein Urteil über die Klimaveränderung zu bilden. Genau das ist nämlich der Unterschied zwischen Wetter und Klima: Wetter ist kurzfristig und kleinräumig, Klima ist längerfristig und großräumig. In welchem Maß die Temperaturen ansteigen, zeigen mehrere Datenreihen (siehe Abbildungen 2 und 3).

In der Erdvergangenheit verzeichnet man Perioden, die mal kälter und mal wärmer waren als heute. Das hat eine Reihe von Gründen, etwa die Umlaufzyklen der Erde um die Sonne. Hierzu gibt es solide Forschung, auch bei uns am Institut durch Paläoklimatologen – die Ergebnisse sind leider kein Grund zur Beruhigung. Denn in den vergangenen Warmzeiten waren etwa die Küstenlinien völlig andere als heute, weil der Meeresspiegel durch schmelzendes Eis teils um viele Meter höher lag. Hätten wir erneut solche Anstiege der Ozeane, so wäre dies das Todesurteil für die Metropolen an den Küsten der Welt, von Mumbai bis New York, von Schanghai bis Hamburg. Die menschliche Zivilisation konnte sich in dem weitgehend stabilen Klima der vergangenen 12.000 Jahre entwickeln. Unser Wohlstand und die gewachsene Weltbevölkerung brauchen diese Stabilität auch in Zukunft. Neue Forschungen aus dem Potsdam-Institut zeigen, dass in den vergangenen drei Millionen Jahren die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre nie so hoch war wie heute – und dass in diesen drei

Millionen Jahren die globale Mitteltemperatur nie mehr als zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau lag. Die Menschheit tritt also aus ihrem historischen Erfahrungsraum heraus, wenn sie die Temperaturen weiter in die Höhe treibt. Das ist hochriskant.

Natürlich sind beispielsweise die Auswirkungen des Klimawandels sehr unterschiedlich. Die Erwärmung nützt dem Weinbau in Deutschland, die öfter eisfreien Meere rund um den Nordpol der Schifffahrt. Da CO₂ ein Pflanzendünger ist, kann er zu einem Zuwachs von Biomasse führen. Allerdings zeigt die Forschung, dass die Klimarisiken in der Landwirtschaft leider bedeutsamer sind als der CO₂-Dünger-Effekt. Und auch der Regenwald des Amazonas – von den Brandrodungen einmal abgesehen – ist durch die Erwärmung bedroht, so dass ihm die CO₂-Düngung am Ende nicht viel nützen wird. Positive Klimafolgen in einzelnen Regionen und Sektoren sollten nicht davon ablenken, dass global gesehen die Auswirkungen der Erderwärmung leider überwiegend negativ sind, wie eine Vielzahl von wissenschaftlichen Studien belegt.

Wir sind uns sicher, dass der Klimawandel real ist, dass er menschengemacht ist, und dass er Risiken mit sich bringt. Weniges ist so gut erforscht wie dies – denn seit 1990 wird das Klima in einzigartig gründlicher und globaler Zusammenarbeit untersucht, durch Hunderte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), dem so genannten Weltklimarat. Dieser wird vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und von der Welt-Meteorologie-Behörde WMO getragen, und besteht aus 195 Staaten – also fast allen weltweit. Alle fünf bis sieben Jahre veröffentlicht der IPCC Sachstandsberichte, jedes Mal werden die Teams aus Autoren – die dafür kein Geld bekommen – neu zusammengestellt. Die Expertinnen und Experten sichten und bewerten sämtliche in ihrem Feld neu veröffentlichten Studien, um den neuesten Stand der Wissenschaft für die Entscheider in der Politik bereitzustellen. In einem umfassenden Begutachtungsverfahren bringen wiederum viele Hundert Akteure – von der Ölindustrie bis zu Umweltgruppen – Kommentare ein, bis am Schluss Vertreter der Staaten über den Bericht beraten. Eine gründlichere Überprüfung ist kaum denkbar.

Deshalb sei hier ein längeres Zitat aus der Einleitung des jüngsten Berichts erlaubt – auch als Einladung, tatsächlich einmal in die Originaltexte hineinzulesen: „Der Bericht bestätigt, dass der

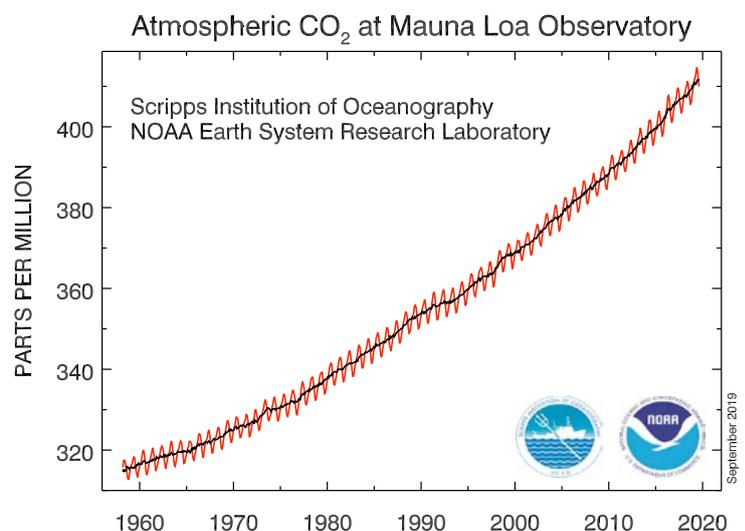


Abb. 1: Die berühmte Keeling-Kurve – hier in der Darstellung der US-Behörde NOAA (National Oceanic and Atmospheric Administration) – zeigt Messergebnisse zum Anstieg der CO₂-Konzentration in unserer Atmosphäre. Siehe www.esrl.noaa.gov/gmd/ccgg/trends/

Einfluss des Menschen auf das Klimasystem klar ist und zunimmt, wobei Folgen in allen Kontinenten und Ozeanen beobachtet werden. Viele der seit den 1950er Jahren beobachteten Änderungen waren vorher über Jahrzehnte bis Jahrtausende nie aufgetreten. Der IPCC ist nun zu 95 Prozent sicher, dass Menschen die Hauptursache der derzeitigen globalen Erwärmung sind. Ferner kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass die Risiken schwerwiegender, weitverbreiteter und irreversibler Folgen für Menschen und Ökosysteme sowie langanhaltende Änderungen aller Komponenten des Klimasystems steigen, je mehr Aktivitäten des Menschen das Klima stören. Der Bericht betont, dass wir die Mittel haben, um den Klimawandel und seine Risiken zu begrenzen, einschließlich vieler Lösungen, die einen Fortbestand der wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung erlauben. Jedoch erfordert eine Stabilisierung des Temperaturanstiegs auf unter 2 °C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau eine dringende und fundamentale Abkehr vom Business-as-Usual. Mehr noch – je länger wir zögern zu handeln, umso mehr Kosten werden wir zu tragen haben, und umso größer werden die technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Herausforderungen sein, denen wir gegenüberstehen.“ (IPCC Synthesebericht 2014, www.de-ipcc.de/media/content/IPCC-AR5_SYR_barrierefrei.pdf).

Wetterextreme und ihre Folgenkaskaden für Frieden und Gesundheit

Wetterextreme sind eine der schwerwiegendsten Folgen der Erwärmung – sie können auch kurzfristig erhebliche Schäden verursachen und sie schädigen die Menschen direkt. Extreme sind ihrer Natur nach selten, zur Ermittlung statistischer Trends sind große Datenmengen nötig. Oft können wir daher nur für die langfristige globale Entwicklung klare Aussagen machen, nicht kurzfristig lokal – die Welt über hundert Jahre hinweg ist leichter einzuschätzen als die Folgen von Wetterereignissen in Gelsenkirchen 2018. Hitzewellen nehmen bereits deutlich zu, das zeigt die Forschung sehr klar. Die Anzahl von Hitzerekorden bei den Monatsmittelwerten liegt heute schon beim Fünffachen der Zahl, die wir ohne Klimawandel hätten (siehe Abb. 4). Bei Extremregen ist es komplizierter, aber auch hier weisen Studien auf eine Zunahme in Beobachtungsdaten weltweit hin. Physikalisch ist klar, dass eine wärmere Atmosphäre mehr Feuchtigkeit aufnehmen kann – und sich dann öfter schlagartig entlädt (siehe Abb. 5).

Bei tropischen Wirbelstürmen wie jenen, die Verwüstungen anrichten in Puerto Rico, auf den Bahamas und in Florida, rechnet die Klimaforschung nicht mit einer Zunahme von Extremereignissen – aber mit schlimmeren. Scherwinde, die mit dem Klimawandel zunehmen könnten, reißen entstehende Wirbelstürme auseinander. Wenn ein tropischer Wirbelsturm dennoch entsteht, dann kann er aus den steigenden Temperaturen der Meeresoberfläche mehr seiner zerstörerischen Energie tanken. Beobachtungsdaten bestätigen dies.

Zudem Wetterextreme können soziale Konflikte verschärfen: So zeigen Studien, dass Dürren in manchen Regionen mit ethnischer Zersplitterung die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass ohnehin schwelende Konflikte gewaltsam aufflammen. Dies wiederum kann Migration auslösen – zunächst innerhalb der Regionen, aber das Zuwandern mittelloser Landbevölkerung in Städte kann deren Stabilität gefährden, so dass es letztlich auch zu mehr internationaler Migration kommt. Hierzu forschen wir noch umfassend, klar ist aber schon heute: Der Klimawandel ist zwar in dieser Problematik nur ein Faktor, aber eben einer, der Konflikte verschärfen und Ungleichheit verstärken kann. In einer ohnehin mancherorts zerbrechlichen Welt erhöht er die Belastung.

Auch für die menschliche Gesundheit können die Wetterextreme Folgen haben. Nicht nur, weil es bei Hitzewellen unter den Schwächsten unserer Gesellschaft – Alte, Kranke, Kinder – in den Metropolen zusätzliche Todesfälle gibt. Nicht nur, weil sich manche Krankheitsüberträger in einem wärmeren Klima besser ausbreiten. Sondern auch, weil Dürren zu Missernten führen können, welche in armen Regionen Mangelernährung auslösen. Sind hiervon schwangere Frauen betroffen, so leidet die Entwicklung ihrer ungeborenen Kinder. Ein Teil von ihnen wird sein Leben lang weniger leistungsfähig sein – was wiederum die Entwicklung von Volkswirtschaften beeinflusst, also in manchen Fällen möglicherweise das Entkommen aus der Armut erschwert. Das Hilfswerk Brot für die Welt, mit dem wir bereits zusammengearbeitet haben, fasst sehr treffend zusammen: Der Klimawandel entwickelt sich zu einem der größten Hindernisse bei der Überwindung von Hunger und Armut.

Umsteuern ist möglich – mit einem fairen CO₂-Preis

Die weltweiten Kohlevorräte sind nahezu unbegrenzt und Kohlekraftwerke erzeugen im Vergleich zu Gaskraftwerken billigeren Strom, was die Kohle für die Schwellen- und Entwicklungsländer besonders attraktiv macht. So beträgt der Anteil der Kohle an der Primärenergie in China heute 70 Prozent. Trotz des sinkenden Konsums verbraucht China beinahe so viel Kohle wie der Rest der Welt zusammengenommen. Zwar hat sich der Zubau neuer Kohlekraftwerke in China verlangsamt, dafür wollen andere Länder jedoch den Ausbau der Kohle sogar noch beschleunigen. So hat beispielsweise Indien angekündigt, die Nutzung seiner heimischen Kohle bis zum Jahr 2019 im Vergleich zu 2013 zu verdoppeln. Damit soll – den oft verheerenden gesundheitlichen Konsequenzen zum Trotz – breiten Bevölkerungsschichten, aber auch den Ärmsten, ein zuverlässiger Zugang zu Elektrizität verschafft werden.

Länder wie zum Beispiel die Türkei, Indonesien, Vietnam, Südafrika, Korea, Japan oder Bangladesch planen ebenfalls neue Kohlekraftwerke. Insgesamt sind weltweit 1500 neue Kohlekraftwerke im Bau oder in Planung. Allein die im Betrieb befindlichen und neu geplanten Kohlekraftwerke werden die Atmosphäre mit etwa 330 Gigatonnen CO₂ belasten. Damit verbrauchen sie allein schon fast die Hälfte des CO₂-Budgets für die Temperaturobergrenze von 2 °C, zu dessen Einhaltung sich die Regierungen in Paris verpflichtet haben.

Auch in Deutschland ist der Anteil der Kohle im Stromsektor nicht gesunken, obwohl die erneuerbaren Energien hierzulande stark gefördert wurden. Vor allem Wind- und Solarenergie

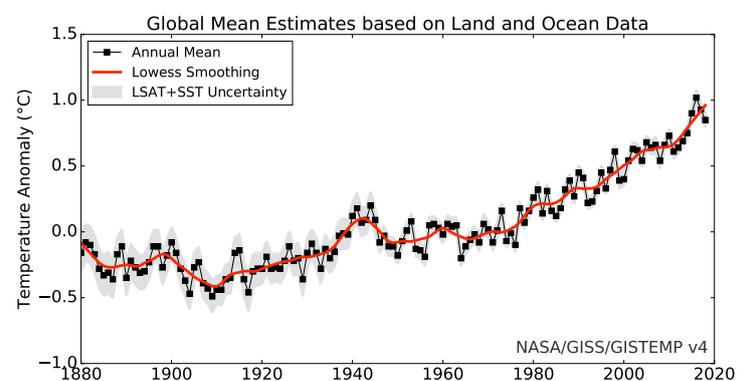


Abb. 2: Die Daten der US-Weltraumagentur NASA zeigen – so wie andere Messreihen auch – den Anstieg der globalen Mitteltemperatur seit der Industrialisierung. Die globalen Temperaturen steigen <https://climate.nasa.gov/vital-signs/global-temperature/>

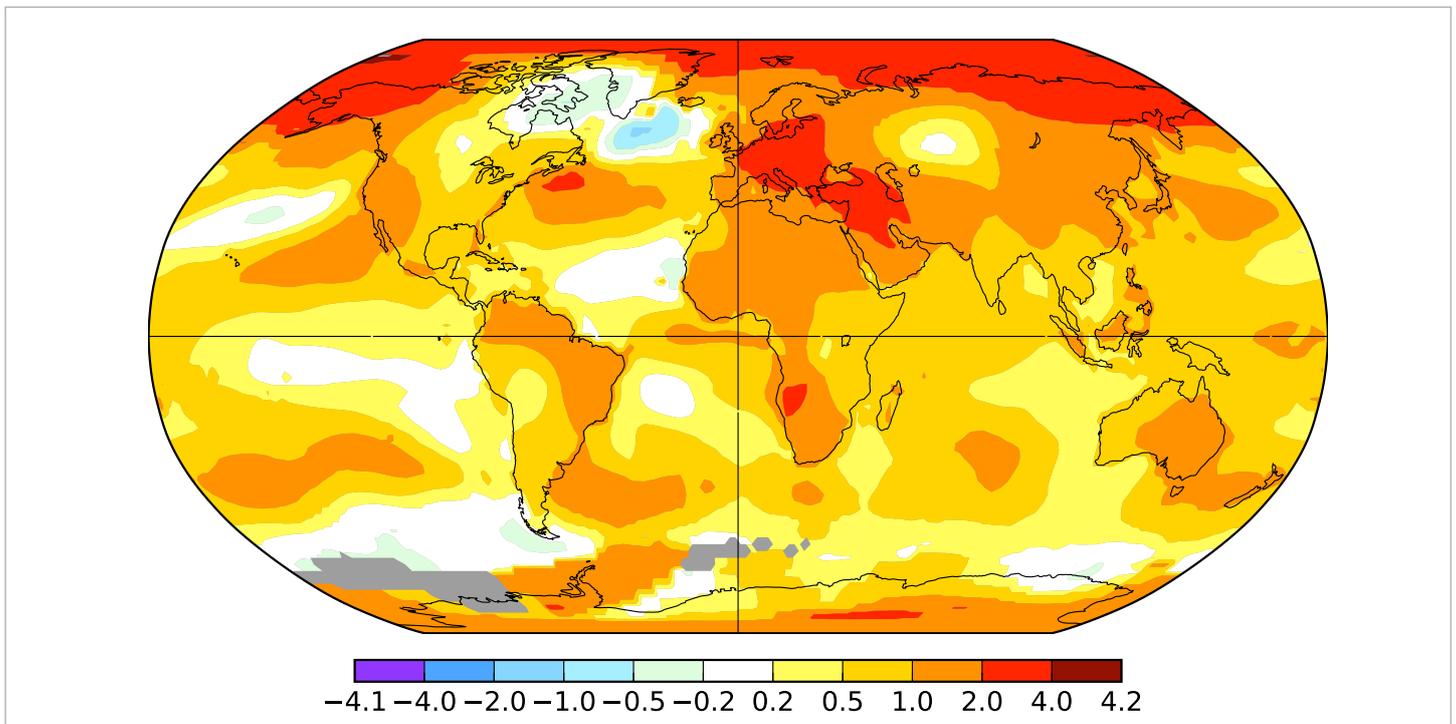


Abb. 3: Die Erde hat sich seit Beginn der Industrialisierung deutlich aufgeheizt – auf Land stärker als auf See, und nicht überall gleichermaßen, aber flächendeckend. Besonders stark ist die Erwärmung auf der Nordhalbkugel, wo die Mehrheit der Menschheit lebt. <https://climate.nasa.gov/vital-signs/global-temperature>

stellen die deutsche Stromversorgung bereits heute zu einem Drittel sicher. Wenn die Sonne scheint und der Wind weht, produzieren erneuerbare Energien den Strom zu variablen Kosten von null. Die fossilen Kraftwerke sind dann nicht rentabel; sie exportieren den Kohlestrom ins europäische Ausland. Wenn der Wind aber nicht weht und die Sonne nicht scheint, werden für die Stromproduktion Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke eingesetzt. Deren Stromgestehungskosten sind niedriger als die der Gaskraftwerke. Das Ergebnis: Obwohl der Anteil der erneuerbaren Energien gestiegen ist, sinken die Emissionen im Stromsektor nur noch geringfügig. Deutschland wird seine selbstgesetzten Klimaziele bis 2020 deshalb nicht erreichen – und wenn es zu keiner grundlegenden energiepolitischen Wende kommt, werden künftige Regierungen auch das Klimaziel 2030 verfehlen, das eine Senkung der Emissionen gegenüber 1990 um 55 Prozent vorsieht.

Nicht die Knappheit von Kohle, Öl und Gas wird das 21. Jahrhundert prägen, sondern die begrenzte Aufnahmefähigkeit von Klimagasen durch die Atmosphäre. Ein einfacher Vergleich zeigt die ganze Dramatik der Situation: So lässt sich die in Paris beschlossene Begrenzung des Anstiegs der globalen Mitteltemperatur auf 2 °C in ein konkretes Budget von etwa 700 bis 800 Gigatonnen (Gt) CO₂ übersetzen. Das ist die Menge, die die Menschheit noch maximal in der Atmosphäre ablagern darf, bevor das 2 °C Ziel mit hoher Wahrscheinlichkeit verfehlt wird. Demgegenüber stehen geschätzte 15.000 Gt CO₂, die als Kohle, Öl und Gas im Boden lagern.

Für die Klimapolitik hat dies einschneidende Konsequenzen: Die politischen Entscheidungsträger können nicht mehr hoffen, dass der Handlungsdruck von den Märkten kommt. Sie selbst müssen durch internationale Regeln und Vereinbarungen dafür sorgen, dass die fossilen Ressourcen im Boden bleiben und die Atmosphäre als das Gemeinschaftsgut der gesamten Menschheit geschützt wird. So sagt auch Papst Franziskus in seiner Umweltzyklika von 2015, das Klima sei „ein gemeinschaftliches Gut von allen für alle.“ Angesichts der möglichen Konsequenzen für die Weltbevölkerung sucht der Papst den ökumenischen Schulterchluss, etwa mit der Evangelischen Kirche Deutschlands.

Der technische Fortschritt bei den Speichertechnologien und der Ausbau integrierter Stromnetze werden aber auch die Kosten senken. Dennoch: Die Hoffnung, der technische Fortschritt allein würde das Klimaproblem lösen und man könne sich zeitraubende internationale Verhandlungen ersparen, ist trügerisch. Werden nämlich CO₂-freie Technologien wie die Kernenergie oder die erneuerbaren Energien billiger, steigt zwar deren

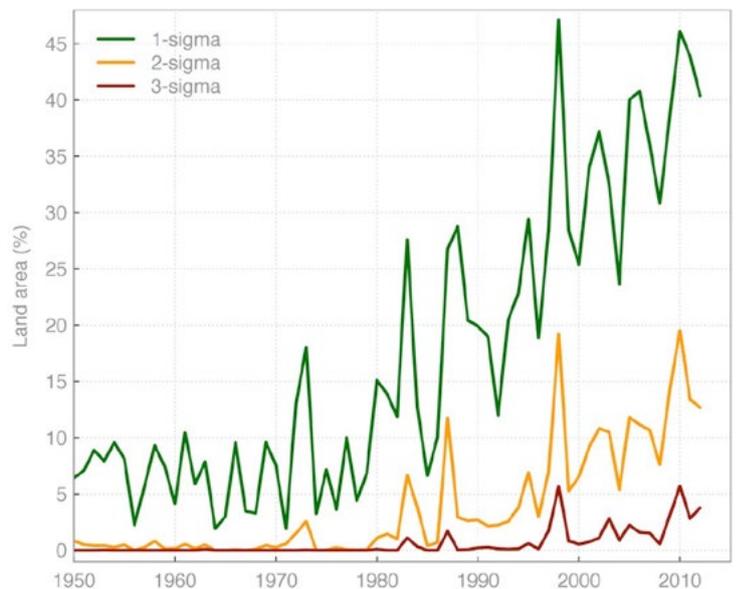


Abb. 4: Hitzewellen. Gezeigt wird der Anteil der Landfläche unseres Planeten, deren Monatstemperaturen eine, zwei oder drei Standardabweichungen über dem Mittelwert 1951–1980 liegen. Zwei Standardabweichungen entsprechen schon einer seltenen Hitzewelle, drei Standardabweichungen kommen in einem stabilen Klima fast nie vor. Aus Rahmstorf, Stefan (2018), in *Spektrum der Wissenschaft* (www.pik-potsdam.de > Other > Rahmstorf_in_SdW_Kompakt_Extremwetter). Siehe auch www.nature.com/news/global-warming-already-driving-increases-in-rainfall-extremes-1.19508

Marktanteil, fossile Energieträger werden dann jedoch weniger nachgefragt. Dieser Rückgang wird teilweise dadurch wettgemacht, dass bei sinkender Nachfrage die Preise für Kohle, Öl und Gas fallen und so insgesamt mehr fossile Energie verbraucht wird. Das gilt insbesondere in Ländern, die sich keine ehrgeizigen Klimaziele gesetzt haben. Der technische Fortschritt bei den Erneuerbaren bedingt also nicht eins-zu-eins den Rückgang fossiler Energien. Die Förderung CO₂-freier Technologien wird alleine nicht zum Ziel führen.

Erst wenn die Verursacher von Treibhausgasen für ihre Emissionen zahlen müssen, ändert sich die Situation grundlegend. Denn ein CO₂-Preis macht erstens die Nutzung schmutziger fossiler Energie weniger profitabel. Zweitens gibt er einen Anreiz für saubere Innovationen. Und drittens führt er zu Einnahmen für den Staat, welche dieser wahlweise in den dringend nötigen Ausbau von Infrastruktur stecken kann, in Steuersenkungen (in Deutschland etwa bei der Stromsteuer) oder in die direkte Rückstattung an die Bürgerinnen und Bürger. In einem Teil Kanadas geschah das beispielsweise in Form eines Weihnachts-Schecks für alle Haushalte – eine populäre Maßnahme, die soziale Gerechtigkeit schafft, denn Haushalte mit niedrigem Einkommen profitieren relativ gesehen mehr davon als solche mit hohem Einkommen. Wer hingegen ausschließlich mit Ordnungsrecht Klimapolitik zu machen versucht, handelt nicht nur am Markt vorbei; er erzielt vor allem auch keine Einnahmen. Die Klimapolitik muss also den Preis für CO₂ erhöhen, wenn die Emissionen nachhaltig sinken sollen.

Leider ist heute das Gegenteil der Fall: Fossile Energieträger werden nach wie vor beträchtlich subventioniert – ihre Nutzung ist zu billig gemessen an den Umwelt- und Gesundheitskosten, die sie verursachen. Legt man diese Kosten als Berechnungsmaßstab zugrunde, so wird die Tonne CO₂ im weltweiten Schnitt mit 150 US-Dollar jährlich subventioniert. Es kommt also in den nächsten Jahren darauf an, dass aus Subventionen (= negative Preise) positive CO₂-Preise werden.

Die Einführung von CO₂-Preisen ist leichter gefordert als politisch umgesetzt. Neben den innenpolitischen Hindernissen, wie etwa steigenden Strompreisen, türmen sich vor der Klimapolitik auch die Hindernisse der Globalisierung auf: Wenn nur ein einzelner Staat CO₂-Preise einführt, verliert er an Wettbewerbsfähigkeit – und das umso mehr, je stärker seine Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte in die Weltwirtschaft integriert sind. Darum ist internationale Kooperation zwingend notwendig. Nur wenn alle Staaten Klimaschutz betreiben, kann verhindert werden, dass

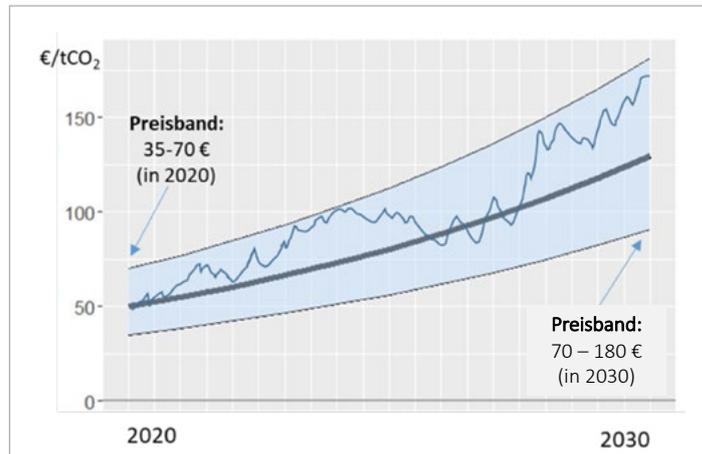
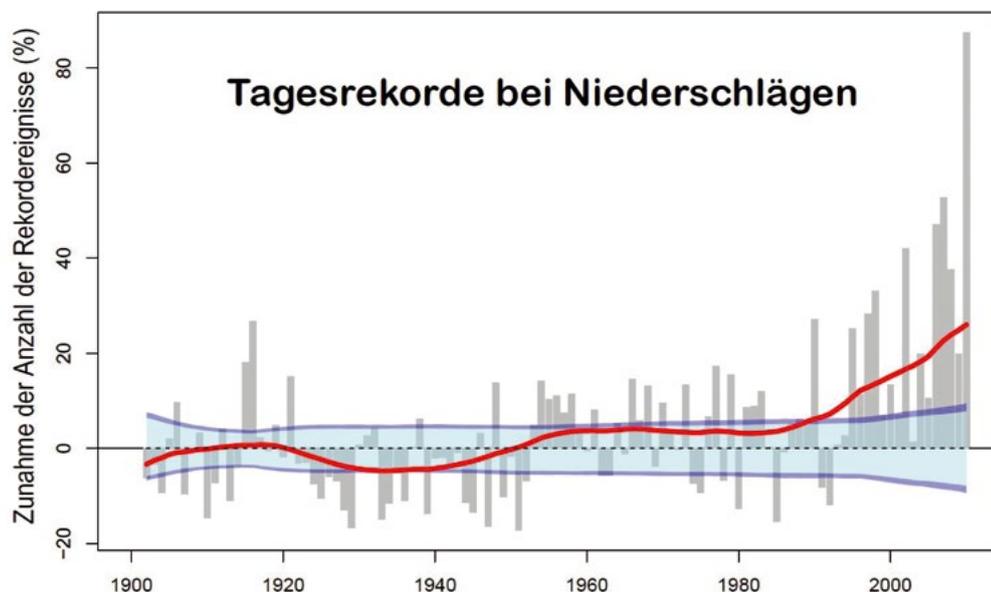


Abb. 7: Ein Preisband aus Mindestpreis und Höchstpreis mit einer für alle. Marktteilnehmer klaren Steigerung kann Planungssicherheit herstellen und damit Innovationen anreizen und den Ausstoß von Treibhausgasen senken helfen. Quelle:Edenhofer/Knopf, 2019, Handout zum Gutachten zur CO₂-Bepreisung. Mehr dazu hier: www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/B2.3_Publications/Working%20Paper/2019_MCC_Options_f%C3%BCr_eine_CO2-Preisreform_final.pdf

einzelne Staaten Wettbewerbsnachteile erleiden. Internationale Kooperation erfordert glaubwürdige gegenseitige Verpflichtungen – und genau daran droht das System der freiwilligen Selbstverpflichtungen zu scheitern, das in Paris beschlossen wurde. Stellen die Länder fest, dass ihre eigenen Anstrengungen nicht durch eine entsprechende Klimapolitik in anderen Ländern erwidert werden, wird kein Staat seine Verpflichtungen einhalten. Aus dieser Falle können wir uns nur befreien, wenn einzelne Staaten mutig vorangehen. Es stimmt optimistisch, dass viele Nationalstaaten bereits entweder eine CO₂-Steuer oder einen Emissionshandel eingeführt haben – weltweit werden je nach Definition derzeit etwa 15 Prozent der Emissionen durch CO₂-Preise reguliert (siehe Abb. 6).

In den meisten Emissionshandelssystemen, wie beispielsweise dem europäischen Emissionshandel, dümpeln die Preise aber auf einem niedrigen Niveau, so dass sie zu wenig Lenkungswirkung entfalten. Auch in China, das derzeit ein Emissionshandelssystem aufbaut, wird letztlich die Höhe des Preises darüber entscheiden, wie viel es für die Stabilisierung unseres Klimas nützt – und wie es sich langfristig vielleicht mit anderen Bepreisungssystemen weltweit verknüpfen lässt. Sogar in den USA

Abb. 5: Graue Balken zeigen die Anzahl der Tagesrekorde bei den Niederschlagssummen weltweit, relativ zu der Anzahl, die durch Zufall bei unveränderlichem Klima auftreten würde (Zuwachs in Prozent). Im Jahr 2010 lag die Anzahl dieser Rekordregen 88 Prozent höher als ohne Klimawandel zu erwarten wäre. Diese Zahl schwankt von Jahr zu Jahr stark; will man den klimabedingten Trend erfassen, muss man also glätten. Diesen Klimatrend zeigt die rote Linie. In einem stationären Klima sollte die rote Kurve sich innerhalb des blauen Konfidenzintervalls bewegen. Seit 1990 ist der Anstieg signifikant. Aus Rahmstorf, Stefan (2018), in Spektrum der Wissenschaft (www.pik-potsdam.de) > Other > Rahmstorf_in_SdW_Kompakt_Extremwetter). Siehe auch www.nature.com/news/global-warming-already-driving-increases-in-rainfall-extremes-1.19508



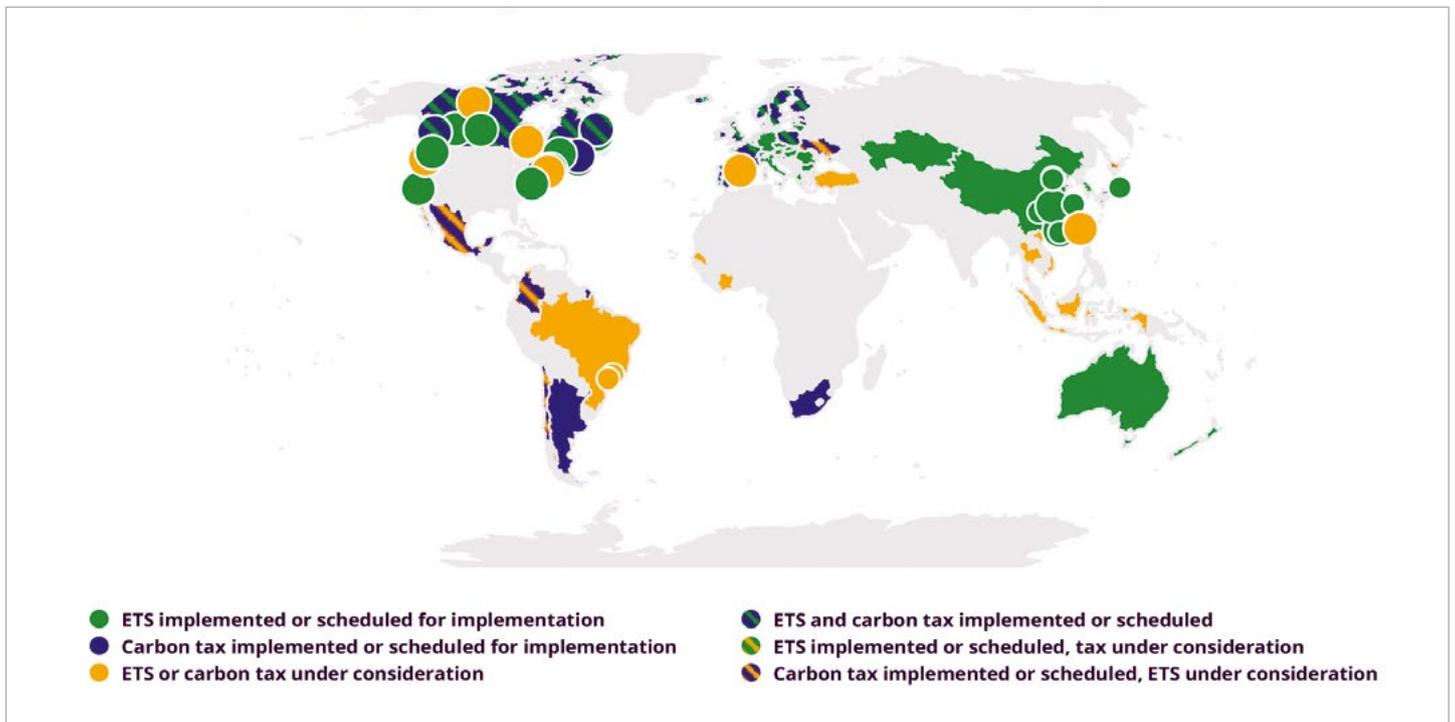


Abb. 6: In vielen Regionen der Welt gibt es bereits Formen der CO₂-Bepreisung, wobei Art und Höhe stark variieren. Diese Karte wurde von der Weltbank erstellt, detailliertere Informationen dazu hier: <https://carbonpricingdashboard.worldbank.org>

unter Trump gibt es im Bundesstaat Kalifornien – für sich allein genommen immerhin die fünft- bis sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt – einen CO₂-Preis. Dass ein nationaler Preis auf CO₂ zusätzlich zum EU-Emissionshandel funktionieren kann, zeigen Großbritannien und Schweden – die Skandinavier berechnen umgerechnet rund 120 Euro pro Tonne CO₂ und dies bei gesundem Wirtschaftswachstum.

Für Deutschland wäre entweder eine CO₂-Steuer oder ein nationaler Emissionshandel denkbar – beide können wirkungsgleich sein, wenn sie entsprechend ausgestaltet sind. Eine Steuer wäre rascher einzuführen, müsste dann aber immer wieder angepasst werden, was politisch heikel wäre. Ein Emissionshandel wäre aufwendiger, hier könnte jedoch ein Start mit einem Fixpreis helfen. Entscheidend ist, dass beide Instrumente nach einem moderaten Einstiegspreis von etwa 50 Euro einen Schritt für Schritt verlässlich steigenden Preis sicherstellen – nur so werden für die Marktteilnehmer Planungssicherheit und letztlich Innovationsanreize geschaffen. Ein Mindest- und ein Höchstpreis könnten die Schwankungen beschränken (siehe Abb. 7). Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wird

dies nicht signifikant beeinträchtigen, weil sie die zusätzlichen Kosten auf die Verbraucher abwälzen. Diese trifft eine Bepreisung – ganz gleich ob über ein Handelssystem oder eine Steuer – also sehr wohl. Daher muss ein sozialer Ausgleich Teil des Maßnahmenpakets sein, ohne ihn geht es nicht. Und die nationale Lösung kann nur einen Zwischenschritt darstellen. Ziel ist die Integration in den Europäischen Emissionshandel – unser Nachbar Frankreich streckt uns schon seit längerer Zeit die Hand hin. Wir sollten sie ergreifen und gemeinsam in Europa Führungsstärke zeigen.

Leicht wird das nicht. Aber seriöse Abschätzungen gehen davon aus, dass eine ehrgeizige Klimapolitik uns nur wenige Prozentpunkte globalen Wirtschaftswachstums kosten wird – wir erreichen also dieselben Wachstumsziele, nur wenige Jahre später. Machen wir hingegen einfach weiter wie bisher und stoßen ungehemmt Treibhausgase aus, so gefährden wir auf Dauer unseren Wohlstand ganz grundsätzlich. Wir können es uns ausuchen. Wir zahlen für Klimaschäden, wobei das menschliche Leid nicht in Geld aufzuwiegen ist. Oder wir vermeiden die größten Risiken und investieren in die Klimastabilisierung.



Prof. Dr. Ottmar Edenhofer

ist Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Professor für die Ökonomie des Klimawandels an der Technischen Universität Berlin



Dr. Georg Feulner

ist stellvertretender Leiter der Abteilung Erdsystemanalyse am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, wo er Arbeitsgruppen zur Klimamodellentwicklung und zur Klimageschichte leitet.

Die Konzeption unseres Magazins besteht – gut evangelisch – darin, ausgewogen, dialogisch-argumentativ und differenziert auch zu strittigen und kontroversen gesellschaftspolitischen Themen Stellung zu nehmen und somit zur Versachlichung und Klärung der Diskussionen beizutragen. Nachdem wir in der letzten Ausgabe unseres Magazins (EV 7+8/2019, S. 3–8) mit der Debatte um grundlegende klima- und energiepolitische Fragestellungen begonnen haben, findet sie nun mit diesem Beitrag ihre Fortsetzung.



Zusammenhalt stärken und Gemeinschaft schützen

Verantwortliche Politik in Zeiten von Populismus und Demokratieverdrossenheit

Resolution des EAK-Bundesvorstandes auf der 52. Bundestagung

Dir leben in Zeiten eines rasanten Wandels und massiver Veränderungen. Das bereitet vielen Bürgern in unserem Land Sorgen und Ängste. Die Herausforderungen durch Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung, Migration und Flüchtlingsnot, aber auch eine Vielzahl internationaler Krisen, kriegerischer Konflikte und innen- wie außenpolitischer Bedrohungsszenarien, wie z.B. Terrorismus und organisierte Kriminalität bleiben nicht ohne Wirkung auf das Lebensgefühl der Deutschen. Die deutsche Gesellschaft erlebt zudem einschneidende demographische Wandlungsprozesse, sie wird kulturell, religiös und sozial heterogener und unübersichtlicher.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird vermehrt von den radikalen Rändern her bedroht und Angriffe auf unsere demokratischen, rechtsstaatlichen und freiheitlichen Grundlagen nehmen zu. Auch der deutsche Parlamentarismus gerät unter Druck. Eine verstärkt außerhalb der Parteien stattfindende Willensbildung, die Erosion klassischer politischer Lager und der Überfluss an Informationen in und jenseits einer zersplitterten Medienlandschaft bergen ein enormes Konflikt- und Eskalationspotenzial. Äußerst besorgniserregend ist es, wenn immer öfters nicht mehr Argumente sachlich ausgetauscht werden, sondern persönliche Angriffe auf Andersdenkende gestartet werden und wenn populistische Parolen, Hassreden, öffentliche Anprangerungen und Beleidigungen sowie Fake-News auch in der Breite der Gesellschaft wahrzunehmen sind.

Wir können auf diese neuen politischen Gefährdungstendenzen nur dann die richtigen Antworten finden, wenn wir die aktuelle gesellschaftliche Gesamtsituation realistisch in den Blick nehmen und zu verstehen versuchen, was es mit dem in den vielfältigsten Zusammenhängen zu beobachtenden Phänomen des Populismus tatsächlich auf sich hat. Es ist wenig sinnvoll, wenn der Begriff des Populismus in inflationärer und unreflektierter Art und Weise auf alles und jeden Anwendung findet oder gar zur beliebigen ideologischen Kampfformel missbraucht wird, um sich damit der eigentlichen politischen Debatte ohne weitere Argumentationsbemühungen bequem zu entziehen bzw. sich damit gegen jeweils unliebsame Meinungen und Überzeugungen Andersdenkender zu immunisieren. Es muss vielmehr darum gehen, das im Kern freiheitsfeindliche und demokratiegefährdende Potential des populistischen Unwesens klar zu benennen und – in all seinen möglichen Varianten und bisweilen verkappten Spielarten – offen zu legen.

Herausforderung „Populismus“

„Wir sind das Volk“ war einst Freiheitsanspruch und Freiheitsruf der Menschen in der DDR, der vor 30 Jahren eine Mauer zum Einsturz brachte, die sie ihrer Freiheitsrechte beraubt hatte. Es war der Freiheitsruf der Menschen gegen den Totalitarismus und die Diktatur des Sozialismus, der seinen Herrschaftsbereich mit

Mauer und Stacheldraht sowie einem das ganze Volk erfassenden Bespitzelungsapparat auf brutale, zynische und menschenverachtende Weise absicherte. Heute wird derselbe Freiheitsruf jedoch von radikalen Kräften missbraucht und einer frei gewählten, sich alle vier Jahre erneut der Abstimmung durch die Bürger stellenden und somit abwählbaren Regierung hasserfüllt entgegen gebrüllt. Ist das etwas anderes als eine Verhöhnung derer, die jahrzehntelang ihrer Freiheit der Rede, Freiheit der Versammlung, Freiheit der Meinung, Freiheit der Wahl beraubt waren?

Aber genau in einer solchen, sich selbst ermächtigenden Anmaßung, in der in einer parlamentarischen Demokratie der Anspruch „Wir sind das Volk“ erhoben wird, zeigt sich eine neue Erscheinungsform von Populismus. Bisher wurde oft schon von Populismus gesprochen, wenn komplizierte politische Probleme auf einfache Formeln reduziert werden, die in einer Bierzelt-Atmosphäre lautstarke Zustimmung finden können, zur konkreten Lösung politischer Probleme aber letztlich ungeeignet sind. Vorbereitung, Ablauf und Folgen der Brexit-Abstimmung illustrieren in gewisser Weise eine solche Form von Populismus, die zwar auch schon äußerst problematische politische Folgen und unabsehbare Verwerfungen zeitigt, sich aber dennoch durch gesamt-demokratische und rechtsstaatliche Verfahren legitimiert sehen kann. Der Populismus des heutigen „Wir sind das Volk“-Anspruchs hat demgegenüber eine ganz andere Dimension: Hier wird nämlich in einem Akt purer Selbstermächtigung, abseits der demokratischen Legitimierungsprozesse, der im Grunde freiheitsfeindliche und totalitäre Anspruch erhoben, die eigentlichen, die wahren Interessen des gesamten Volkes zu artikulieren und zu repräsentieren. Einen solchen neuen Populismus treffen wir deshalb – unabhängig von den jeweiligen ideologischen Inhalten und Begründungsmustern – sowohl im rechten als auch im linken Außenbereich des politischen Spektrums an.

„Wir verzeichnen derzeit eine besorgniserregende Zunahme neuer populistischer Strömungen von rechts wie von links, die zur Erosion bzw. zum Abrieb der demokratischen Standards führen.“

Diejenigen, die einen solchen Alleinvertretungsanspruch im Hinblick auf den vermeintlichen Volkswillen offen oder konkludent erheben, verlassen damit das demokratische Spektrum. Denn die freiheitlich-demokratische Grundordnung beruht auf der Repräsentation ganz unterschiedlicher und – bei Anerkennung der freiheitlichen Ordnung – gleichberechtigter politischer Überzeugungen. Er beruht auf der offenen Konkurrenz politischer Vereinigungen und politischer Parteien. Der neue Populismus erhebt sich gewissermaßen über dieses Nebeneinander der unterschiedlichen politischen Positionen. Er ist zwar selbst durch und durch „Partei“, beansprucht für sich jedoch gleichzeitig eine absolute Position über allen anderen Positionen, einen Standpunkt über allen Standpunkten. Dieser Grundwiderspruch zeigt sich immer wieder sehr deutlich bei der rechtspopulistischen AfD, wenn sie sich z.B. vollmundig von den „Altparteien“ oder „Systemparteien“ abzugrenzen sucht und sich damit begrifflich in direkter Weise in die gedankliche Traditionen des Nationalsozialismus stellt, der politische Akteure der Weimarer Demokratie bereits mit Begriffen wie Systempartei, Systempolitiker oder Systempresse zu belegen pflegte.

Wir haben es hier im neuen Populismus also strukturell betrachtet mit dem völlig übergriffigen und nicht akzeptablen Anspruch zu tun, allein und ausschließlich die wahren Interessen des Volkes – gegen die wie auch immer definierten herrschenden

Eliten, Mächte oder Establishments – zu vertreten. Diese radikale Systemkritik gibt es aber mitnichten nur am rechten, sondern auch am linken Rand des politischen Spektrums: Nicht zufällig bezeichneten sich die sozialistischen Staaten als „Volks-Republiken“ (und auch heute noch die VR China) und verbanden damit den Anspruch, den wahren Willen des Volkes (lat. *populus*) zu exekutieren. Regimegegner dieses kollektivistischen, totalitären und freiheitsfeindlichen Staatsverständnisses wurden deshalb – wie auch schon im Nationalsozialismus – automatisch zu Staats- bzw. Republikfeinden erklärt. Es darf deshalb auch 30 Jahre nach dem endgültigen Fall des Eisernen Vorhanges in Europa nicht übersehen werden, dass sich z.B. die Linkspartei nach wie vor dieser sozialistischen Systemkritik verschreibt und sie zusammen mit den ihr nahe stehenden linksradikalen Kreisen unbeirrbar am revolutionär-antagonistischen Klassendenken fest hält.

Nicht nur in Deutschland und ganz Europa, sondern auch international verzeichnen wir derzeit in den Demokratien des Westens eine besorgniserregende Zunahme solcher neuer populistischer Strömungen von rechts wie von links, die regelmäßig zur Spaltung der jeweiligen Gesellschaften, zur Erosion bzw. zum Abrieb der demokratischen Standards und zur Gefährdung für die freiheitlich-rechtsstaatlichen Grundordnungen führen.

Mit den beiden Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt lassen sich vier Kriterien bzw. Warnzeichen für demokratiefeindliche Tendenzen, Gruppierungen und Akteure benennen. Das sind:

1. Die Ablehnung etablierter demokratischer (verfassungsgemäßer) Spielregeln und Standards,
2. die vollständige Leugnung der Legitimität der politischen Mitbewerber und die damit einhergehende Diskreditierung des politischen Gegners als Feind,
3. die direkte oder indirekte Tolerierung bzw. Akzeptanz oder der Aufruf zur Gewalt sowie
4. die Bereitschaft zur Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte (unter Einschluss der Medien).¹

Nach Levitsky und Ziblatt reicht in der Regel auch schon eines dieser vier Kriterien für sich allein genommen aus, um auf ein ernst zu nehmendes politisches Gefährdungspotential schließen zu können. Wendet man diesen demokratischen „Lackmus-Test“ von Levitsky und Ziblatt konsequent und unvoreingenommen auf Parteien wie die AfD oder die Linkspartei und viele ihrer Vertreter, Unterstützer und Repräsentanten an, findet man sofort ein reichhaltiges Beispiel- und Anschauungsmaterial. Dieser Kriterienkatalog bildet einen guten, weil objektivierbaren Maßstab zur Schärfung der Urteilsbildung in Bezug auf gefährliche populistische, verfassungsfeindliche und ideologische Tendenzen in unserer Gesellschaft. Mit Hilfe eines solchen Kriterienkataloges lassen sich darüber hinaus auch schnell und zielsicher alle demokratie- und freiheitsfeindlichen Ideen identifizieren – von verkappten neomarxistischen Revolutionsphantasien und sozialistischen Klassenkampf-Anschauungen bis hin zu offen verhetzenden rassistischem, antisemitischem oder islamistischem Gedankengut.

Von den radikalen Rändern geht eine wachsende Gefahr für die Mitte der Gesellschaft aus, denn diese Ränder drängen mit ihrem Gedankengut zunehmend auch in die staatstragende Mitte hinein.

Ursachen für den neuen Populismus

Was sind nun aber die möglichen Ursachen für dieses neue populistische Denken, das gemeinschaftsschädigende Wirkungen entfacht und unsere Gesellschaft mehr und mehr zu spalten droht?

Zum einen ist die materiell-ökonomische Unzufriedenheit zu sehen. Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft, „Wohlstand für alle“ zu schaffen, erscheint vielen Bürgern – trotz hervorragender wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Rahmenbedingungen – nicht mehr glaubhaft. Aber es handelt sich bei den für Populismus oft in den Blick genommenen Bevölkerungsgruppen

„ Vermehrt wird auch die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen Institutionen und Verfahrensregeln selbst in Frage gestellt. “

– soziologisch betrachtet – keineswegs nur um sogenannte Modernisierungsverlierer und sozial Abgehängte, sondern vielfach auch um Menschen der Mittelschicht, die von sozialen Abstiegsängsten und „Statuspanik“²

geplagt sind, wie man z.B. an der rechtspopulistischen Wählerschaft der AfD erkennen kann. Aber auch die politische Linke tritt hier auf den Plan, indem sie die soziale Lage in Deutschland permanent in den dunkelsten Farben malt, die Errungenschaften des deutschen Sozialstaates klein redet und über die soziale Frage gezielt gesellschaftliche Polarisierungen betreibt. Ein Blick auf die Fakten zeigt: Noch nie ging es uns so gut wie heute – auch im internationalen Vergleich. Die Massenarbeitslosigkeit ist überwunden, Vollbeschäftigung nahezu erreicht. Die Sozialtransfers waren fast noch nie so hoch wie heute und die Sozialleistungen in Deutschland steigen stärker als die Wirtschaftsleistung.

Doch es gibt noch viele andere Gründe, warum populistische Kräfte derzeit verstärkten Zulauf erhalten. Hierzu zählen zum Beispiel die Angst in Teilen der Bevölkerung vor den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt durch den technologischen Wandel (fortschreitende Digitalisierung) oder vor einem grundstürzenden kulturellen Wertewandel, u.a. in Folge der großen Zuwanderung 2015/2016, insbesondere aus den überwiegend muslimisch geprägten Regionen und Ländern des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas. Durch einen kleinen Teil dieser Zuwanderung geht aus der Sicht vieler besorgter Mitbürger dennoch eine als erheblich eingestufte Bedrohung der inneren Sicherheit einher. Gewaltkriminalität (inkl. Sexualdelikte) und eine gewachsene terroristische Bedrohungslage verunsichern. Zwar sprechen auch bei Thema „Innere Sicherheit“ am Ende feststellbare und zählbare Entwicklungen eine andere Sprache. Doch bündeln sich hier nicht nur objektive Fakten. Vielmehr wirken auch Stimmungslagen und Schlagzeilen, die den Eindruck von Kontroll- und Sicherheitsverlust vermitteln. Vermehrt wird auch die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen Institutionen und Verfahrensregeln selbst in Frage gestellt. Eine in einigen Bereichen nur noch als unzureichend wahrgenommene Rechtsdurchsetzung bildet aus der Sicht vieler Bürger zunehmend ein Problem in unserem Land: Wenn z.B. mittlerweile abgelehnte Asylbewerber in großer Zahl, zum Teil nach jahrelangen juristischen Prozessen, zwar als unverzüglich ausreisepflichtig gelten, faktisch jedoch zum überwiegenden Teil nicht abgeschoben werden können, schwindet sowohl die Zustimmung zur großzügigen und menschenfreundlichen deutschen Asylpolitik als auch das Vertrauen in den Rechtsstaat insgesamt.

Und es gibt weitere Unmutquellen, die Populisten instrumentalisieren. So entfernen sich die Politiker nach Ansicht vieler Menschen zunehmend vom unmittelbaren persönlichen Kontakt mit den Menschen. Seien es Wahrhaftigkeits- und Vertrauensdefizite bei Verantwortlichen in Parteien, Gesellschaft und Staat, die zur Verunsicherung beitragen. Professionelle Unfähigkeit bei Infrastruktur-Maßnahmen (BER), politische Ratlosigkeit bei existenziellen Problemen der Menschen (Mangel an bezahlbarem

Wohnraum), unternehmerischer Rechtsbruch (VW-Skandal) und dergleichen mehr. Oft werden Kompetenz, Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der handelnden Personen zu entscheidenden Urteilkriterien über politische und gesellschaftliche, nationale und internationale Prozesse insgesamt.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass Prozesse in heutigen offenen Gesellschaften, in einer multipolaren Welt vielen Bürgern als zunehmend unverständlich und undurchschaubar erscheinen. Die neuen sozialen Medien und Netzwerke (Facebook, Twitter, Instagram, youtube etc.) mit ihrem Hang zur persönlichen Selbstdarstellung und zu individualistischer und damit oft verkürzter Sicht der Dinge haben sich lebensweltlich als weitere Plattform zwischen Politik und Gesellschaft geschoben. Sie können deshalb – gerade bei sensiblen Themen – wie ein Brandbeschleuniger wirken. Eine unkritische Rezeption des Umgangs mit diesen Netzwerken und ihren Inhalten birgt ebenfalls erhebliche Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Filterblase, die „bubble“, also die Abgeschlossenheit in den immer gleichen virtuellen Echokammern, muss geradezu als das Gegenteil einer kultivierten Streitkultur betrachtet werden, denn es handelt sich hier nicht selten um in sich verkapselte radikale Einzelmilieus.

Wachsende Politik(er)verdrossenheit führt – früher oder später – aber auch zu Demokratieverdrossenheit.

Welche Antworten kann die Politik geben? – Maßnahmen zur Stärkung von Zusammenhalt und Gemeinschaft

Angesichts dieser besorgniserregenden und äußerst vielschichtigen Gemengelage, sind wir zu einer politischen Neubesinnung aufgerufen. Es geht vor allem um den verantwortungsethischen Blick auf die zentrale Hauptaufgabe von Politik: Sie muss nah bei den Nöten, Ängsten und Problemen der Bürger sein und wird faktisch daran gemessen, inwiefern diese einer befriedigenden politischen Lösung zugeführt werden. Das erfordert gleichzeitig in vielen Politikfeldern eine realistische Rückbesinnung darauf, was politisches Handeln zu leisten vermag und wo dem Gestaltungswillen auch klare Grenzmarken gesetzt sind.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sind für uns die folgenden Punkte von zentraler Bedeutung:

- Die Grundlagen unseres Zusammenlebens, die uns seit der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat vor 70 Jahren Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht haben, werden viel zu selbstverständlich genommen. In Zeiten von Populismus und wachsender Demokratiegefährdung müssen wir diese, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung aber immer wieder wertschätzen und verteidigen.
- Wie noch nie zuvor stehen wir vor einer Fülle von äußerst komplexen globalen Herausforderungen und Problemen, die ein konsequentes, vernetztes und verantwortliches politisches Handeln erfordern. Die diesbezüglichen Antworten der politischen Linken, also von Linkspartei, SPD und Grünen, bestehen aber ganz überwiegend nur aus Verboten, Reglementierungen und Staatsübergriffen. Diese führen zu einem immer verästelteren und detaillierteren Kontrollwesen, das die Freiheitsspielräume der Bürger immer weiter einschränkt. Demgegenüber setzen wir uns als CDU und CSU für eine Kultur der freiwilligen Selbstverpflichtung und der vermehrten Problemlösung durch Innovation, Forschung und Förderung der Bürgergesellschaft ein.
- Bürgernähe ist entscheidend und auch das vorurteilsfreie Zuhören und sensible Wahrnehmen, was die Menschen im

Land und vor Ort wirklich, d.h. existentiell, umtreibt und belastet, aber auch was Zustimmung findet. Nur durch permanenten Kontakt zum Bürger selbst kann elementares Vertrauen in die Politik wieder zurückgewonnen werden. Eine Grundsensibilität ist vonnöten, dass es in der Politik in erheblichem Umfang um Entscheidungen geht, die tief und unmittelbar in die Lebenswelt der Bevölkerung eingreifen. Es geht darum, sich deutlich für einen Politikstil einzusetzen, der sich wieder in die vielfältige Welt der Bürger selbst begibt. Denn Politik ist vor allem Dienst am Menschen und an der Demokratie.

- Ein sorgsamer und sensibler Umgang mit Sprache ist dabei oberstes Gebot. In der politischen Diskussion sollte man nicht in dem heute leider üblich gewordenen aggressiv-polemischen Ton argumentieren. Dem verhetzenden, ausgrenzenden und polarisierenden Parolen und Schlagwörtern in Politik und Gesellschaft muss eine neue wertschätzende, zugewandte und stets auch um Versöhnung bemühte Kultur der Kommunikation und der sachorientierten Argumentation entgegengesetzt werden. Also eine Kommunikation, die in erster Linie nicht einfach richtet und verurteilt, sondern zu verstehen versucht. Eine politische Streitkultur, die vor allem zu differenzieren weiß und der Komplexität der Herausforderungen und unterschiedlichen Perspektiven gerecht zu werden sucht. Eine Streitkultur, in der auch das Zuhören einen hohen Stellenwert besitzt.
- Anstelle von ideologischen Heilslehren ist vielmehr ein wertefundierter politischer Pragmatismus gefragt, der Maß und Mitte einhält und sich, statt ungedeckte Schecks in Form von blumigen, aber kaum einlösbaren Wahlversprechen zu verteilen, nüchtern, sachlich und verantwortungsvoll auf das Machbare, Sinnvolle und Durchsetzbare beschränkt. Im Karl Popper'schen Sinne brauchen wir ein politisches Grundverständnis, das sich wieder verstärkt seiner natürlichen Selbstbegrenzung bewusst ist. Gerade für ein Politikverständnis, dass auf dem Christlichen Menschenbild fußt, sollte

» Anstelle von ideologischen Heilslehren ist vielmehr ein wertefundierter politischer Pragmatismus gefragt, der Maß und Mitte einhält und sich auf das Machbare, Sinnvolle und Durchsetzbare beschränkt. «

Bereitschaft zur Versöhnung.⁴³ Das Christliche Menschenbild, dem CDU und CSU verpflichtet sind, weiß deshalb um die Endlichkeit und Vorläufigkeit sowie die Fehlerhaftigkeiten und Beschränkungen unserer menschlichen Natur.⁴

- In diesem Zusammenhang gilt es an die hochaktuelle Unterscheidung Max Webers zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik zu erinnern: Die eigenen (guten) Absichten können nicht als alleinige Richtschnur des Handelns gesehen werden. Stattdessen ist der Unterschied zwischen Gewolltem und Bewirkten zu berücksichtigen. Mit Karl Popper ist diese Unterscheidung sogar noch auf die kritische Abschätzung auch womöglich unbeabsichtigter Folgen politischer Handlungen zu erweitern. Gerade in der Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik erleben wir regelmäßig eine Fülle schlimmer Folgen von ursprünglich gut gemeinten Entscheidungen. Eine Politik, die keine hinreichende und umfassende Folgenabwägung ihres

Handelns vornimmt und die die grundsätzliche Begrenztheit sowohl der menschlichen Möglichkeiten als auch der natürlichen Ressourcen missachtet, trägt bereits den Keim des Scheiterns in sich selbst und kann insofern auch nicht als verantwortlich und nachhaltig angesehen werden.

- Wie letztlich alle ideologischen Anschauungen und Haltungen bilden derzeit auch nicht selten moralistische Politikauffassungen, so wie sie zumeist im linken politischen Spektrum anzutreffen sind, ebenfalls ein großes Problem⁵. Gerade in vielen von links-grün geprägten politischen Milieus sind regelmäßig geradezu rigoristische Verabsolutierungen der eigenen, in Wirklichkeit aber sehr subjektiv geprägten politischen Standpunkte zu beobachten. Solche Positionen neigen dazu, völlig zu unterschlagen, dass die freiheitliche Demokratie wesentlich vom gründlichen Austausch der unterschiedlichsten, miteinander konkurrierenden Argumente lebt. Nur in totalitären Herrschaftsformen, nicht aber in der parlamentarischen Demokratie gibt es angeblich nur eine einzige zulässige bzw. ethisch-legitime Anschauung. Es kommt zum Teil, wie etwa an manchen Gleichstellungsforderungen in Bezug auf Minderheitenrechte („Ehe für alle“) oder dem Themenkomplex „Gender-Gerechtigkeit“ deutlich wird, bisweilen fast schon zu einer Art militanter Unduldsamkeit gegenüber abweichenden politischen Positionen, bei der dann die jeweils Andersdenkenden ausgegrenzt, dämonisiert und persönlich an den Pranger gestellt werden. Dies ist nicht nur als ein klarer Verstoß gegen elementare kommunikativ-diskursive Anstandsregeln sowie als ein eklatanter Widerspruch zum oft in diesen Kreisen selbst vehement vertretenen Toleranz- und Diversitäts-Paradigma zu werten, sondern im Kern auch demokratiefeindlich. Denn Demokratie lebt vom Dialog, nicht vom Monolog. Demokratische Debatten leben von der Vielfalt, nicht der Einfachheit. Und Politik in einer freien und offenen Gesellschaft hat es nicht mit absoluten Wahrheitsansprüchen zu tun, sondern mit der Bemühung um die verantwortliche Bewältigung der „vorletzten Dinge“ (Bonhoeffer).
- Politische Entscheidungen sollten sich nicht von flüchtigen Stimmungen und Meinungsumfragen abhängig machen und ebenso wenig an kurzfristigen Partei- und Wahlkampfinteressen ausrichten, sondern ausschließlich an dem bemessen, was man – mit bestem Wissen und Gewissen und nach gründlicher Prüfung (und Selbstprüfung) – für richtig und notwendig erachtet. Die historischen Sternstunden in der Politik gab es immer dann, wenn dem Volke nicht einfach zu Munde geredet worden ist, sondern wenn sich auch zunächst regelrecht unpopulär wirkende Entscheidungen am Ende als richtig und erfolgreich herausgestellt haben. Beispiele hierfür sind z.B. Ludwig Erhards Kampf für die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, Konrad Adenauers klares Bekenntnis zur Westbindung und zur deutschen Wiederbewaffnung und Helmut Kohls Einsatz den NATO-Doppelbeschluss, für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes sowie die Europäische Integration. Politik sollte offen sein für Veränderungen. Politiker und Parteien ohne funktionierenden Kompass, ohne Verlässlichkeit in ihren Grundentscheidungen und ohne feste Prinzipien verspielen jedoch das Vertrauen der Bürger.
- Verantwortliche Politik ist stets wertegebunden, beginnt aber praktisch zu allererst mit der nüchternen Betrachtung der Realitäten. Deshalb sollte sie keinesfalls ohne hinreichende Rücksicht auf die ökonomischen Auswirkungen betrieben werden. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft sollte die Wirtschaft niemals als ein dem politischen Gestaltungswillen zu unterwerfendes, sondern als ein die Menschen verbindendes Sozialsystem gewürdigt werden. Verantwortliche Politik

hat sich daher immer auch auf die genaue Analyse der jeweiligen ökonomischen Voraussetzungen und Folgen zu gründen. In diesem Zusammenhang ist auf den alten Grundsatz zu achten: Soviel Staat wie nötig, soviel Markt wie möglich. Dass die Finanz- und Euro-Krise, neben der horrenden Staatsverschuldung, wesentlich auf mangelnder Regulierung der Finanzmärkte beruht, ist offensichtlich. Aber dies belegt bei näherer Betrachtung nur, dass der Staat bisweilen zu wenig in den Bereichen reguliert, in denen er eigentlich regulieren sollte und zu viel in Bereichen, in denen Märkte für die Menschen leistungsfähiger sind. Ein gutes Beispiel dafür ist die aktuelle Wohnungsnot-Debatte, in der in geradezu absurder Weise in den Reihen von SPD, Grünen und Linken sogar wieder sozialistische Enteignungsphantasien aufleben. Wir brauchen im Bereich des dringend benötigten Wohnungsbaus jedoch keine Verstaatlichung, sondern Anreize zum Bauen und einen vertrauensvollen Umgang mit Wohnraum.

- Das gesellschaftliche Miteinander in Vielfalt ist so zu gestalten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder gestärkt wird. Freiheit und Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit zu leben bedeutet: Der Starke muss seine Stärke leben dürfen, auch zum Wohle der Gesellschaft und der Schwache muss dort, wo er Hilfe braucht, die Solidarität der Gesellschaft erfahren können. Ängste der Menschen, z.B. vor dem Klimawandel oder vor Altersarmut, sind ernst zu nehmen und müssen noch intensiver diskutiert werden. Wir müssen auch denjenigen, die sich abgehängt fühlen, die mit dem Lebens- und Arbeitstempo nicht Schritt halten können, Angebote machen, damit sie sich sinnstiftend in die Gesellschaft einbringen können.
- Asylbewerber, Flüchtlinge und Zuwanderer kommen mit dem politischen Bild ihres Herkunftslandes nach Deutschland, das von ihrem Kulturkreis geprägt ist. Bei Bürgern benachbarter europäischer Staaten sind wegen der kulturellen Nähe kaum Probleme zu erwarten, konfliktreicher wird es aber, wenn es sich um Bürger aus entfernteren Kulturkreisen handelt. Hier sei besonders auf das Israel-Bild bei einem Teil der Zuwanderer aus muslimisch geprägten Ländern hingewiesen, das teilweise

„Gerade für uns als Christen sind Vertrauen und Glaubwürdigkeit entscheidende Kategorien. Ohne sie kann es keine förderliche Politik geben.“

Züge eines klaren Antisemitismus trägt, dem wir uns konsequent entgegenstellen. Unsere Gesellschaft muss Stärke zeigen, Verhalten und Ansichten, die außerhalb des Grundgesetzes liegen, einzudämmen und deren Verbreitung zu sanktionieren. Sie muss zur gleichen Zeit

die Größe haben, in unsere Gesellschaft bereichernde Elemente aus den eingereisten Kulturkreisen zu integrieren. Integration ist keine Einbahnstraße: Einerseits müssen wir Neues integrieren, andererseits müssen Migranten unser Wertegebäude verstehen lernen und annehmen. Das Grundgesetz gilt für alle. Das Bewusstsein hierfür muss gestärkt werden.

- Presse und Medien, ganz besonders aber die Betreiber der sozialen Netzwerke haben die Aufgabe, ihre Berichte nur den Tatsachen entsprechend zu publizieren und dafür Garantien zu übernehmen. Bei unrichtiger oder verfälschter Berichterstattung darf kein Quellenschutz bestehen. Außerdem muss auf eine ausgewogene Berichterstattung geachtet werden, bei der Information und Meinungskommentar klar voneinander zu trennen sind.⁶
- Bildung ist schließlich der wichtigste Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Gute Bildung führt zu Chancen-

gerechtigkeit und verhindert ein Auseinanderdriften der Gesellschaft. Die Qualität von Bildung und Erziehung stärkt die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Gerade für uns als Christen in der Politik sind Vertrauen und Glaubwürdigkeit entscheidende Kategorien. Ohne sie kann es keine förderliche Politik, keine lebendige freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie geben. Wo das Vertrauen in die handelnden Personen, die Institutionen und die demokratischen Verfahren und Abläufe schwindet, wird es darum hochproblematisch und hochgefährlich. Dieses Vertrauen in die Politik gilt es wieder gemeinsam zu stärken und allen Kräften entschlossen entgegen zu treten, die dieses kostbare Gut beschädigen.

Wir wollen deshalb populistische, extremistische und demokratiefeindliche Tendenzen nicht einfach geschehen lassen – egal von welcher Seite. Unterschiedliche Interessen, Lebensstile und Meinungen gehören zu jeder freiheitlichen Ordnung. Um sie auszugleichen und um zu Entscheidungen zu kommen, braucht es öffentliche sachgemäße Debatten und eine konstruktive Streitkultur. Am Ende des Prozesses müssen politische Entscheidungen demokratisch legitimiert werden und nicht auf der Straße oder in den Filterblasen radikaler Einzelmilieus gefunden werden.

Eine freiheitliche und friedfertige Gesellschaft ist nur so lange friedfertig und frei, wie wir auch selbst für sie eintreten. Als Christen in der Politik sind wir dazu aufgerufen, Anwälte der Versöhnung zu sein und Brücken zu bauen. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.

Der Bundesvorstand

- 1 Vgl. Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben*, DVA, München 2018, S. 32 – 34.
- 2 Vgl. Philip Manow, *Die Politische Ökonomie des Populismus*.
- 3 *Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschlossen vom 21. Parteitag, Hannover, 3.–4. Dezember 2007, S. 8, Ziffer 7.*
- 4 *Der ganz spezifische christdemokratische Politikansatz mit seiner unideologischen und tiefer liegenden Verankerung im christlichen Verständnis vom Menschen bietet hier im Übrigen nach wie vor eine vorzügliche Grundlage für einen wertegeleiteten Pragmatismus, der zur Versöhnung der politischen Gegensätze besonders geeignet ist. Das „C“ ist inklusiv-einladend und nicht exklusiv-abgrenzend zu verstehen. Es will versöhnen und zusammenführen, statt zu spalten und zu polarisieren. Es hat eine grundlegend anti-ideologische und anti-totalitäre Ausrichtung. Es signalisiert einen dezidiert praktisch-verantwortungsethischen und real-lebensweltlichen Anspruch an den eigenen politischen Auftrag, keinen bloß theoretischen oder gar abstrakt-gesinnungsethischen (s.u.).*
- 5 Vgl. Andreas Rödder, *Konservativ 21.0 – Eine Agenda für Deutschland*, S. 15: „Was auf der linken Seite geschieht, lässt sich als Moralisierung des Regenbogens bezeichnen. Das Paradigma von Diversität und Antidiskriminierung, gender mainstreaming und Inklusion geht auf den postmodernen Dekonstruktivismus (...) zurück. (...) Die Kultur des Regenbogens erbrachte überfällige Emanzipationsgewinne für vormals Benachteiligte und Marginalisierte, insbesondere Frauen und Homosexuelle. Sie neigt aber zugleich zu einer ideologischen Verabsolutierung, die aus mangelnder Selbstreflexion resultiert.“
- 6 Vgl. Michael Haller, *Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien – Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main 2017, S. 133: „Der journalistische Qualitätsgrundsatz, aus neutraler Sicht sachlich zu berichten, wird in rund der Hälfte der Berichterstattungen nicht durchgehalten. Insbesondere die Art und Weise, wie über die Positionierung eines Politikers berichtet wird, ist oftmals wertend und beurteilend, bei Vertretern der Opposition mitunter auch ‚von oben herab‘.“*

Rückblick auf die 52. EAK-Bundestagung mit Neuwahlen des Bundesvorstandes

Auf der 52. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) am 19. Juni dieses Jahres ist der **Parlamentarische Staatssekretär Thomas Rachel MdB**, der auch Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist, zum neunten Mal in Folge und mit großer Mehrheit zum Bundesvorsitzenden des EAK wiedergewählt worden. 95,38 Prozent der Delegierten aller EAK-Landesverbände stimmten für Rachel und bestätigten ihn damit im Amt. In seiner Eröffnungsrede machte der EAK-Bundesvorsitzende deutlich, dass es auf der Basis des Christlichen Menschenbildes darum geht, allen politischen und gesellschaftlichen Polarisierungen und Spaltungsversuchen entschieden entgegen zu treten: „Wer die Fundamente unseres Rechtsstaates, die Werte unseres Grundgesetzes und das friedliche Miteinander der unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen in unserer Gesellschaft mit Füßen tritt, stellt sich außerhalb des demokratischen Konsenses!“ Der Bundesvorsitzende verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Resolution des EAK-Bundesvorstandes zum Thema der 52. EAK-Bundestagung „Zusammenhalt stärken und Gemeinschaft schützen – Verantwortliche Politik in Zeiten von Populismus und Demokratieverdrossenheit“ (s. S. 12–16 in diesem Heft).

Als stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende wurden die ehemalige thüringische Ministerpräsidentin **Christine Lieberknecht MdL**, Bundesminister a.D. **Christian Schmidt MdB** (CSU), der ehemalige hessische Landtagspräsident **Norbert Kartmann**, die Vizepräsidentin des Landtages von Baden-Württemberg, **Sabine Kurtz MdL**, sowie **Dieter Hackler** gewählt, als Beisitzer: **Henning Aretz**, **Hans Beck**, **Dr. Michael Franz**, **Dirk Heuer**, **Hans-Jürgen Hopf**, **Melanie Liebscher**, **Prof. Dr. Wolfgang Merbach**, **Sybille Möller-Fiedler**, **Elke Middendorf**, **Elisabeth Motschmann MdB**, **David Müller**, **Friedemann Schwarzmeier**, **Johannes Selle MdB**, **Herlich-Marie Todsens-Reese**, **Tobias Utter MdL** und **Frieder Weinhold**.

Das nachfolgende **Theologische Nachmittagsgespräch**, das ebenfalls unter dem Motto der Bundestagung stand, wurde von **Christine Lieberknecht** moderiert. Die Gesprächspartner waren **Landesbischof Prof. Dr. Martin Hein** (Kurhessen-Walddeck), **Serap Güler**, Integrationsstaatssekretärin in Nordrhein-Westfalen, und Bundesminister a.D. **Dr. Thomas de Maizière MdB**. Serap Güler zufolge leben wir derzeit in eine „Hochphase des Populismus“, die dadurch gekennzeichnet sei, dass oft einfache Antworten auf äußerst komplexe Fragen gegeben werden, insbesondere in den „Neuen Sozialen Netzwerken“ sei diese Tendenz besonders auffällig. Auch eine populistische Partei wie die AfD würde solche einfachen Antworten geben, ohne jedoch wirkliche zielführende Lösungen anbieten zu können. Solche Stimmungen, die die Gesellschaft spalteten, seien ein Gradmesser dafür, dass wir uns neu darüber verständigen müssten, was unser gemeinsames demokratisches Wertefundament



Der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel MdB

ist und was unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt befördert. Beleidigungen und Hassbotschaften gehörten jedenfalls nicht dazu und könnten sich nicht auf das Recht der Meinungsfreiheit berufen. Bischof Hein griff diesen Gedanken unmittelbar auf und nahm, noch spürbar mitgenommen und persönlich betroffen, Bezug auf den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten **Walter Lübcke**, dem er über viele Jahre hinweg eng verbunden gewesen war. Unfassbaren Beschimpfungen sei der CDU-Politiker auch schon zuvor dafür im Netz ausgesetzt gewesen (und ebensolcher Häme nach seinem Tod), dass er die christliche Verantwortung betont hätte, dass Menschen in Not geholfen werden muss. Hein lobte den Evangelischen Arbeitskreis ausdrücklich für den Mut, dieses eigentlich „unpopuläre“ Thema aufzugreifen, denn in einer zunehmenden „Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) sei die Frage nach dem, was eine Gesellschaft zusammenhalte, angesichts des gewachsenen Individualismus' eben keine selbstverständliche Leitvorstellung mehr. Zusammenhalt lasse sich nicht einfach durch Parolen, Predigten und Papiere herstellen, er sei schon in der Familie kein natürlich vorgegebenes, sondern ein gewachsenes Gefühl der Zugehörigkeit und wechselseitigen Verbundenheit. Die Sorgen und Ängste in Bezug auf unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt sollten im politischen Diskurs in erster Linie vernünftig und verantwortlich vorgetragen und mit guten, belastbaren Argumenten geführt werden, weil ansonsten wiederum die

große Gefahr bestünde, dass bestimmten Gruppen die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft schon allein deshalb abgesprochen werde, weil man sich ihnen emotional nicht verbunden fühle. Der Schutz der Gemeinschaft – gerade nach christlichem Verständnis – verlange daher, immer zugleich auch den Blick über die Grenzen der eigenen Gemeinschaft hinaus beizubehalten und diese gewissermaßen fluide zu halten, um radikale Abgrenzungen, Ausgrenzungen und Spaltungen zu verhindern. Gemeinsam formulierte Ziele und Einübung in diese Ziele, auf der Basis von Kompromissen, Minderheitenschutz und breiter Mitbeteiligung, seien der Schlüssel zur Stärkung von Zusammengehörigkeit. **Thomas de Maizière** fasste im Folgenden den Begriff „Populismus“ noch einmal thesenartig zusammen. U.a. hob er dabei einige Aspekte hervor, die bisher noch nicht ins Blickfeld der Diskussion getreten waren, so etwa die eher prozesshaft als ergebnisorientiert ausgerichteten Strategien und Taktiken populistischer Agitationen sowie die starke Fokussierung auf feindbildhafte Personalisierungen und frühe Moralisierung von Positionen. Eine zielführende Antwort auf populistische Tendenzen bestünde weniger im Reden und in der Schaffung von neuen Bürgerdialogen, sondern im tatkräftigen Lösen der Probleme selbst. Es käme darauf an, nicht die Themen der Populisten zu bedienen, sondern selbst wieder Trendsetter zu sein. Auch Stigmatisierungen von Populisten und deren Anhängern würden nicht weiterhelfen, sondern nur neue vermeintliche Märtyrer schaffen. Die Bürger, die derzeit zu populistische Parteien tendierten und für Populismus anfällig seien, müssten daher mit aller Kraft zurückgewonnen werden (Kampf um die „Rückkehr in die demokratische Mitte“). Schließlich helfe auch der Blick in die Geschichte der Bundesrepublik, manches in den aktuell bedrängenden Debatten ein wenig zu relativieren. Denn diese zeige, so de Maizière, dass harte politische Auseinandersetzungen keinesfalls neu seien. Die letzten 30 Jahre nach 1989 seien in puncto „Debattenkultur“ eher untypisch gewesen. Man möge sich nur an die heftigen Auseinandersetzungen im Westen in den Jahrzehnten zuvor erinnern, angefangen von der „Wiederbewaffnung“ und dem Streit über die „Kernkraft“ und die „Ostverträge“ bis hin zum „NATO-Doppelbeschluss“. Deshalb sei konstruktiver, intensiver politischer Streit zu begrüßen. Streitige Debatten trügen



Das Präsidium der EAK-Bundesdelegiertenkonferenz. V.l.n.r.: Ministerpräsidentin a.D. Christine Lieberknecht MdB, Henning Aretz, Landtagsvizepräsidentin Sabine Kurtz MdB, EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner, Frieder Weinhold und der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel MdB.



Das Theologische Nachmittagsgespräch mit (v.l.n.r.) Bundesminister a.D. Dr. Thomas de Maizière MdB, Ministerpräsidentin a.D. Christine Lieberknecht a.D., Staatssekretärin Serap Güler und Landesbischof Prof. Dr. Martin Hein.

– in klaren Grenzen und in angemessener Art und Weise – grundsätzlich Zusammenhalt bei.

Den Abschluss des thematischen Teils der 52. EAK-Bundestagung bildete der Hauptvortrag von Bundestagspräsident a.D., **Prof. Dr. Norbert Lammert**. Seine Ausführungen waren vor allem ein engagiertes Plädoyer zur Verteidigung unseres demokratischen Staates. Nicht nur der politische Wandel seit dem Mauerfall hätte die Welt radikal verändert, sondern vor allem auch der wirtschaftliche und technologische Wandel, nicht zuletzt durch die Digitalisierung und Globalisierung. Dies führe u.a. auch zu neuen Unsicherungen, Ohnmachtserfahrungen



Bundestagspräsident a.D. Prof Dr. Norbert Lammert



52. Bundestagung
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
Großer Kirchentagsempfang (37. DEKT)
„Zusammenhalt stärken und Gemeinschaft schützen –
Verantwortliche Politik in Zeiten von Populismus
und Demokratieverdrossenheit“



Mitglieder des neu gewählten EAK-Bundesvorstandes:(unten, v.l.n.r.) Dr. Michael Franz, Thomas Rachel MdB, Hans Beck, Sybille Möller-Fiedler, (oben, v.l.n.r.) Dieter Hackler, Sabine Kurtz MdL, Friedemann Schwarzmeier, Christine Lieberknecht MdL, Christian Meißner und Hans-Jürgen Hopf.

und Unübersichtlichkeiten. Das „Ende der Geschichte“ nach **Francis Fukuyama** sei mitnichten eingetreten, stattdessen konkurrierten die freiheitlichen Demokratien plötzlich wieder zunehmend mit totalitären und demokratiefeindlichen Strömungen und Regimen. Mit dem früheren US-amerikanischen Präsidenten **Barak Obama** warnte Lammert eindringlich davor, die notwendige Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Kräften und Demokratieverdrossenheit zu unterschätzen: „Die Demokratie ist immer dann am meisten gefährdet, wenn die Menschen beginnen, sie für selbstverständlich zu halten.“ Für den politischen Diskurs resultiere daraus, dass die notwendigen Auseinandersetzungen beherzt und engagiert geführt werden müssten: „Für mich persönlich ist die Grenze nicht da erreicht, wo jemand eine Position vertritt, die ich für nicht nur unzutreffend sondern auch für schwer erträglich halte. Für mich ist die rote Linie überall da erreicht, völlig gleichgültig, ob auf dem rechten oder dem linken Rand, wo jemand eine Position mit dem Anspruch vertritt, dies sei die einzig mögliche Lösung“, so Lammert. Denn dies schließe am Ende jeden demokratischen Diskurs aus und gefährde das, was es mit aller Kraft für uns zu schützen gelte.

(Christian Meißner)

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler,
Norbert Kartmann, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion

Dr. Johanna Schulze,
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdcsu.de

Spenden-Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

PSt Thomas Rachel MdB,
Bundesministerin Julia Klöckner
Prof. Dr. Ottmar Edenhofer/
Dr. Georg Feulner
Christian Meißner

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis

Titelbild: © Torsten Silz/CDU
S. 3 © oticki/istock
S. 4 © Chainarong Prasertthai/istock
S. 6 © privat
S. 11 © privat
S. 12 © Animaflora/istock
S. 18 und 19 © Martin Warnecke

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise –
nur mit Genehmigung der Redaktion und
mit Quellenangabe gestattet. Ein Beleg-
exemplar wird erbeten. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge stellen die Meinung
des Verfassers dar, nicht unbedingt die
der Redaktion oder der Herausgeber.
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer
facebook-Seite!



Meditation



*Reformationstag 2019:
„Und du sollst den Herrn,
deinen Gott, liebhaben
von ganzem Herzen, von
ganzer Seele und mit all
deiner Kraft.“ (Dtn 6,5)*

Wie geht das überhaupt? Wie können das jüdische Glaubensbekenntnis und das Christusbekenntnis zusammenkommen?

Die Antwort liegt im Christusbekenntnis selbst. Jesus Christus spricht: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt. Dies ist das höchste und erste Gebot. Das andere aber ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst (Lev. 19,18). In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten.“ (Mt. 22,37 – 40)

Die Reformation ist der große, permanente Aufruf der Kirche Jesu Christi zur Umkehr und Rückkehr zum wahren, lebendigen Gott, der sich uns als Vater, Sohn und Heiliger Geist offenbart. Wer immer das Christusbekenntnis also gegen das Bekenntnis Israels auszuspielen trachtet, tastet auch die Fundamente unserer Kirche an, sägt an dem Ast, auf dem er selber sitzt, und verzerrt das Zeugnis unseres Herrn. In Zeiten eines wieder erschreckend wachsenden Antijudaismus tut es not, immer wieder an diesen alten Bonhoeffer-Satz zu erinnern: „Nur wer für die Juden schreit, darf gregorianisch singen“.

Pastor Christian Meißner,
EAK-Bundesgeschäftsführer

Das Reformationsjubiläum „ist im Kern ein Christusfest, das die Botschaft von der freien Gnade Gottes ausrichten will an alles Volk“, so lautete vor zwei Jahren die Einladung des EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Heinrich Bedford-Strohm, die Erinnerung an den Thesenanschlag zum Anlass zu nehmen, gemeinsam und über Konfessionsgrenzen hinweg zu feiern. Nach der jüngsten Perikopenrevision steht nun zum ersten Mal das Glaubensbekenntnis Israels, das „Israel“ (Dtn 6, 4+5) als Predigttext im Zentrum des Reformationsgottesdienstes.